Bundesministerium
Inneres

Sicher. Österreich

Strategie 2025 | Vision 2030

Sicher. Österreich

Strategie 2025 | Vision 2030

Wien 2021

Impressum

Medieninhaber:
Bundesministerium für Inneres
Abteilung I/5 (Öffentlichkeitsarbeit)
Herrengasse 7, 1010 Wien
Telefon: +43-1-53126-2488
oeffentlichkeitsarbeit@bmi.gv.at

Hersteller:
Digitalprintcenter des BMI

Fotonachweis: BMI, istockphoto

Copyright © 2021 BMI

Inhalt

VORWORT 6

1 AUSGANGSLAGE 8

1.1 Das BMI: Der Sicherheitsdienstleister unserer Republik 10

1.2 Die strategische Ausgangslage 12

1.3 Umfeldanalyse 15

2 STRATEGIE 24

2.1 Vision 2030 26

2.2 Strategische Stoßrichtungen 28

2.2.1 Kompetent und vernetzt Kriminalität vorbeugen und bekämpfen 29

2.2.2 Einsatz: Sicher im ganzen Land 32

2.2.3 Ein konsequenter Kurs im Bereich Asyl, Migration und Rückkehr 34

2.2.4 Extremismus und Terrorismus entschlossen vorbeugen und bekämpfen. Unseren Staat schützen 39

2.2.5 Digitalisierung verantwortungsvoll vorantreiben und die Cybersicherheit erhöhen 42

2.2.6 Krisen und Katastrophen entschlossen und effizient managen: Österreich resilienter machen 46

2.2.7 Das BMI: personell und organisatorisch bestens aufgestellt 48

3 UMSETZUNG 52

4 ANHÄNGE 54

Abbildungsverzeichnis 54

Abkürzungsverzeichnis 54

Vorwort

Gemeinsam für ein freies und sicheres Österreich

Die COVID-19 Pandemie hat nicht nur die Bevölkerung, sondern auch die öffentliche Verwaltung vor große und neuartige Herausforderungen gestellt. Eine Belastungsprobe für Behörden, aber vor allem für jene Menschen, die darin ihren wichtigen und anspruchsvollen Dienst leisten.

Gerade die COVID-19 Pandemie zeigt uns aber auch, wie wichtig ein starkes und handlungssicheres BMI ist und was es braucht, damit wir unsere Aufgaben für Österreich bestmöglich erfüllen können. Österreich gehört zu den sichersten Ländern der Welt - das ist ein Faktum. Dieser hohe Standard ist aber nicht einfach gegeben, sondern muss durch permanente Weiterentwicklung und enormen Einsatz Tag für Tag erarbeitet werden.

Die Gewährleistung von Sicherheit ist dabei umfassende und verantwortungsvolle Kernaufgabe des BMI. Gemeinsam sorgen unsere 38.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vollem Einsatz – 365 Tage im Jahr, 24 Stunden täglich – für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Österreich und aller Menschen, die hier leben. Sie tragen entscheidend dazu bei, dass Staat und Gesellschaft zuverlässig funktionieren.

Als Sicherheitsdienstleister Nummer 1 der Republik setzen wir uns zur Wahrung unseres hohen Sicherheitsniveaus intensiv mit den Herausforderungen auseinander, vor denen unsere Gesellschaft steht und in den nächsten Jahren stehen wird. Im Rückblick auf die vergangenen Monate sehen wir, dass die Resilienz Österreichs, seiner Gesellschaft und seiner staatlichen Einrichtungen zur Bewältigung zukünftiger Krisen und Katastrophen weiter erhöht werden muss.

Auch anderen bekannten und neuen Herausforderungen wirken wir umfassend entgegen. Wir setzen unseren Kampf gegen jede Form von Antisemitismus, Extremismus und Terrorismus kompromisslos fort und bekennen uns weiterhin zu einer klaren Migrations- und Asylpolitik, die allen rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht und Österreichs Grenzen schützt. Gerade jetzt müssen wir auch an einer verbesserten Bekämpfung von Cybercrime arbeiten und Präventionsprogramme in allen Bereichen ausbauen. Um all diesen Heraus-

forderungen gerecht werden zu können, muss das BMI personell und organisatorisch bestens aufgestellt sein. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, dass die Erfüllung all dieser Aufgaben – vor allem warum und wie wir ihnen nachkommen – intern und extern stets am Prüfstand steht. Kritische, konstruktive Reflexion ist in einer lebendigen und starken Demokratie selbstverständlich.

Bundesminister
Mag. Gerhard Karner

Österreichs Sicherheit messen wir sowohl an harten Fakten und Zahlen als auch am Sicherheitsgefühl der Menschen. Wir nehmen die Sorgen und Ängste aller in unserem Land stets ernst und wollen ihnen durch unsere gemeinsame Arbeit wirkungsvoll begegnen. Das ist nicht nur eine Frage professionellen und zukunftsorientierten Sicherheitsmanagements, sondern vor allem des persönlichen Einsatzes. Weil ich diesen Einsatz kenne und schätze, sind mir Leistungsgerechtigkeit, Qualitätsorientierung und ein Miteinander, das von Wertschätzung und Ehrlichkeit geprägt ist, sehr wichtig. Wenn es um Freiheit und Sicherheit geht, ziehen wir alle an einem Strang. Das ist mein Anspruch und diesem fühle ich mich verpflichtet.

Unser Leistungsversprechen orientiert sich an einem künftigen Idealzustand. Diesen streben wir mit der Vision 2030 an. Mit ihr stellen wir klar, wofür wir unseren täglichen Einsatz – auch über die formalen Pflichten hinaus – leisten. Dabei basiert unser Tun auf einem „Inneren Wertekatalog“ und entspricht somit dem Leitbild des BMI, an dem ich mich als verantwortlicher Innenminister orientiere und dem sich auch alle unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verpflichtet fühlen.

Zur bestmöglichen Erreichung der Vision 2030 haben wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket erarbeitet, welches wir in der BMI-Strategie 2025 zusammenfassen. Ich freue mich, diese Strategie mit Ihnen in den kommenden Jahren gemeinsam umzusetzen. Denn mit allem, was wir tun, verfolgen wir ein gemeinsames großes Ziel: ein freies und sicheres Leben in Österreich. Dabei vertraue ich auf Ihre tatkräftige Unterstützung und danke Ihnen persönlich für Ihren Einsatz und Ihre Leistungen bei der gemeinsamen Umsetzung der BMI-Strategie 2025 für unsere Vision 2030:

Sicher.Österreich

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister für Inneres

1
Ausgangslage

© BMI, Egon Weissheimer

1 Ausgangslage

1.1 Das BMI: Der Sicherheitsdienstleister unserer Republik

Das Bundesministerium für Inneres ist der Sicherheitsdienstleister unserer Republik. Wir schützen die Menschen aktiv und helfen, wenn es darauf ankommt. Unsere rund 38.000 engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in den Bereichen Kriminalitäts-, Terrorismus- und Korruptionsbekämpfung, Migration, Asylwesen, Krisenmanagement, Verkehrssicherheit, Durchführung von Wahlen usw. tätig und machen Österreich zu einem der sichersten und freiesten Länder der Welt.

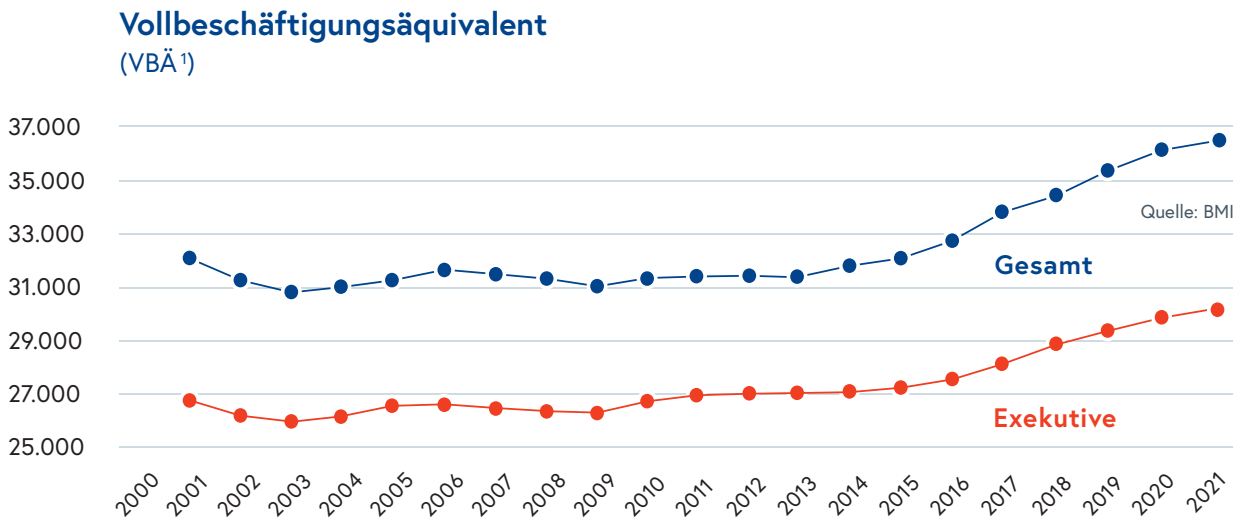


Abb. 1: VBÄ-Entwicklung

Das BMI ist eine moderne, bürgerorientierte Institution, die sich als der Sicherheitsdienstleister Nummer 1 und größte Menschenrechtsschutzorganisation versteht. Wir gestalten Sicherheit, schützen die Menschen und machen Österreich resilienter. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, sind die strategische Ausrichtung des Einsatzes des uns zur Verfügung stehenden Budgets und der Ausbau unserer Fähigkeiten notwendig. Nur so können wir auch in Zukunft die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in sparsamer und zweckmäßiger Weise erfüllen.[1]

1 VBÄ bedeutet ausgabenwirksames Vollbeschäftigungsäquivalent.

Das BMI ist eine lernende Organisation. Dies zeigt sich bei der Bewältigung der COVID-19 Pandemie und ihrer Folgen. Eine der größten gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen der Zweiten Republik wird genutzt, um unsere Organisation neu auszurichten, neue Arbeitsmethoden einzuführen, die Digitalisierung unserer Kernprozesse voranzutreiben und die Resilienz des BMI nachhaltig zu steigern. Die Bereitschaft ständig dazuzulernen wird uns auch helfen, den in den nächsten zehn Jahren stattfindenden Generationenwechsel, der zugleich mit einer massiven Personalaufstockung einhergeht, zu bewältigen.

Durch permanente Weiterentwicklung unserer Organisation und unserem vollen Einsatz sorgen wir weiterhin dafür, dass Österreich zu den sichersten Ländern der Welt gehört.

Entwicklung Frauenanteil

(in %)

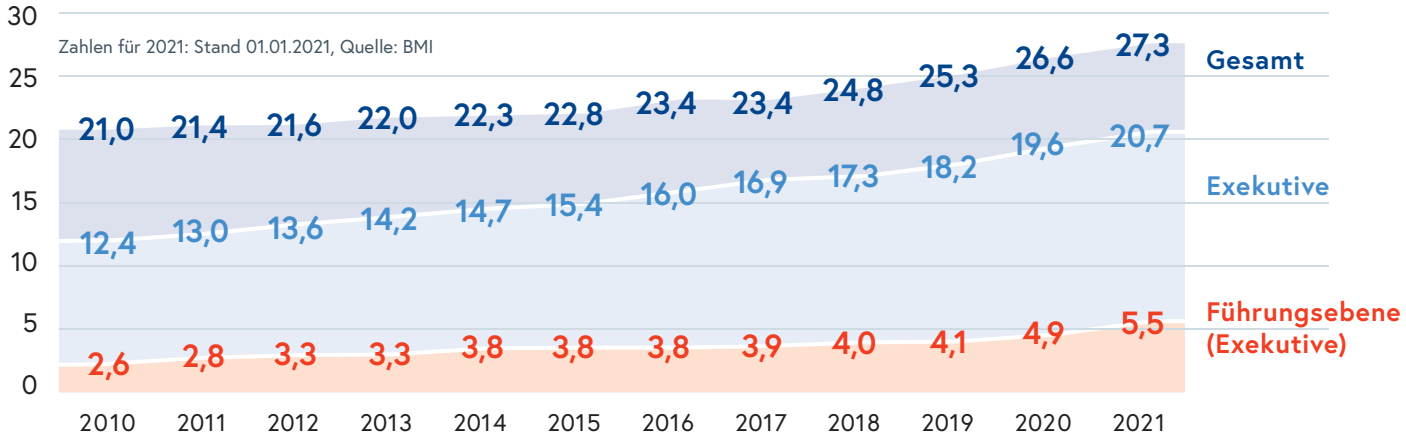


Abb. 2: Entwicklung Frauenanteil

Positiv zeigt sich die Entwicklung des Frauenanteils im BMI im Zeitverlauf, insbesondere in der Exekutive. Waren 2010 erst 12,4 % der Beschäftigten („Köpfe") in der Exekutive weiblich, hält dieser Wert im Jahr 2021 bei 20,7 % (2020: 19,6 %). Durch den traditionell hohen Frauenanteil im Verwaltungsbereich (58,6 %) ergibt sich für 2021 ein Gesamtanteil von 27,3 %. Ein wichtiger Indikator für die Rolle, die Frauen im BMI spielen, ist ihr Anteil in den Führungsebenen. Von 2010 bis 2021 stieg der Anteil von Frauen in der Exekutive in der Führungsebene von 2,6 % auf 5,5 %. Im Vergleich dazu gibt es 2021 im Verwaltungsbereich 29,1 % Frauen in Führungspositionen (Zahlen für 2020 und für 2021 jeweils zum Stichtag 1.1.).

Das verfügbare Budget des BMI beträgt 2021 rund 3,5 Milliarden Euro. Das sind rund 3,6 % des allgemeinen Haushaltes des Bundes. Die gestiegenen Budgetmittel stellen im Rahmen einer Gewährleistungsverantwortung einen qualitativen Aufgabenvollzug und ein konsequentes Vorgehen gegen Kriminalität sicher.
Im Bundesfinanzrahmengesetz für 2022 sind ebenfalls rund 3,5 Milliarden Euro für das BMI eingeplant. Im Vergleich zu 2005 stehen dem BMI somit rund 1,6 Milliarden Euro mehr zur Verfügung.

Budget des BMI
(Mio. Euro)

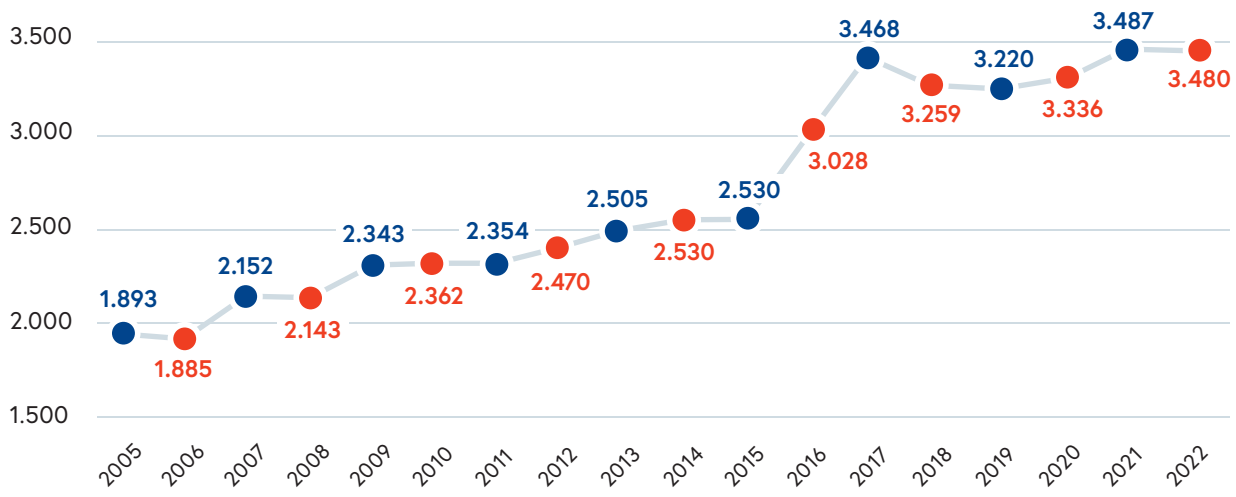


Abb. 3: Budget (Bundesvoranschlag 2005 bis 2021 und Bundesfinanzrahmen 2022) des BMI

1.2 Die strategische Ausgangslage

Die Ressortstrategie wird geleitet durch

- die relevanten nationalen, EU- und internationalen Strategien und Programme (die strategische Landschaft),
- die Werte unserer Organisation (normativer Rahmen) sowie
- die vom Gesetzgeber vorgegebenen Wirkungsziele, an denen der Erfolg unseres Handelns gemessen wird (Outcome).

Die Ressortstrategie baut auf Analysen der strategischen Ausgangslage, unserer Organisation und unseres Umfeldes auf. Sie hilft uns, die Stoßrichtungen unseres Handelns, die langfristige Ausrichtung des Einsatzes der uns zur Verfügung stehenden Mittel und

des Ausbaus unserer Fähigkeiten in einem sich verändernden Umfeld verbindlich zu verfolgen, um die Erwartungen unserer Stakeholder in Staat und Gesellschaft zu erfüllen.

Die strategische Landschaft des BMI

Das BMI ist in eine komplexe strategische Landschaft eingebettet. Das Regierungsprogramm 2020 – 2024 „Aus Verantwortung für Österreich" ist die maßgebliche Grundlage für das sicherheitspolitische Handeln des Innenministeriums und gibt wesentliche Impulse zur Weiterentwicklung des BMI. Daneben werden nationale Strategien, wie die Österreichische Sicherheitsstrategie[2], die Österreichische Strategie für Cyber-Sicherheit oder die Teilstrategie Innere Sicherheit[3], internationale Konzepte, wie die Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union[4] (EU), die EU-Strategie der inneren Sicherheit oder die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung[5] bei der Strategieentwicklung berücksichtigt.

Unsere zentralen Werte

Jede Organisation verfügt über grundlegende Werte, an denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihr Handeln ausrichten. Die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, unsere demokratischen Werte sowie die Grundsätze der Aufklärung und der allgemeinen Menschen- und Bürgerrechte, die die Republik Österreich geformt haben, sowie die gemeinsamen europäischen Werte bilden dafür das feste, gemeinsame Fundament. Daraus leiten wir die zentralen Werte des BMI ab:

Rechtsstaatlichkeit

Die Rechtsordnung ist Grundlage, Maßstab und auch Grenze unseres Handelns. Wir achten den Grundsatz eines effektiven Rechtsschutzes für alle Menschen und begegnen diesen mit Respekt. Damit ist das BMI die größte Menschenrechtsorganisation Österreichs. Wir sehen Rechtsstaatlichkeit im Kontext der Verhältnismäßigkeit und agieren bei Handlungs- und Auslegungsspielräumen im erforderlichen Umfang und angemessen. Unser rechtsstaatliches Handeln wird von sachlichen Kriterien geleitet und erfolgt unabhängig von unseren

---

2 Österreichische Sicherheitsstrategie: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/sicherheitspolitik/sicherheitsstrategie.html

3 Teilstrategie Innere Sicherheit: http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/Teilstrategie_Innere_Sicherheit_ V20150324 _web.pdf

4 Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU: https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/eugs_review_web_0.pdf

5 Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung: https://sustainablede2030 Agenda für Nachhaltige Entwicklung: velopment.un.org/post2015/transformingourworld

persönlichen, ideologischen, politischen oder religiösen Überzeugungen. Die Achtung des Rechts, insbesondere der Grund- und Freiheitsrechte, ist nicht nur ein Teil unseres Wertekanons, sondern auch die zentrale Aufgabe des BMI. Wir sind damit neben der Justiz eine der tragenden Säulen des Rechtsstaates.

Qualität

Unsere Leistungen werden aus öffentlichen Mitteln finanziert. Gerade deswegen sind wir gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern zu qualitätsvoller Arbeit verpflichtet. Öffentlicher Ausdruck unseres Qualitätsverständnisses sind Transparenz, Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit in unserem Handeln. Nach innen bedeutet Qualität primär einen verantwortungsvollen Umgang mit Personal und Ressourcen. Leistungsorientierung und das Wahrnehmen von Führungsverantwortung sind maßgebliche Faktoren für unseren Erfolg.

Loyalität

Loyalität bedeutet, dass Führungskräfte zu ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern auch in schwierigen Situationen stehen. Loyalität heißt auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei Führungsentscheidungen ihre Erfahrungen und ihr Know-how einbringen können, um so zu den besten Lösungen für unsere Aufgabenerfüllung zu gelangen. Rechtsstaatlichkeit hat jedoch Vorrang vor Loyalität.

Wirkungsorientierung

Das Haushaltsrecht (Bundeshaushaltsgesetz 2013) integriert angestrebte Wirkungen und Leistungen von Politik und Verwaltung in das Budget. Die Art der wirkungsorientierten Haushaltsführung (Performance Budgeting) soll einer breiten Öffentlichkeit klar und transparent zeigen, welche Ergebnisse mit Einsatz des Steuergeldes erbracht werden. Dazu wurde im BMI ein stringentes System der strategischen Ressourcenplanung und

Die Wirkungsziele des BMI sind eng mit den strategischen Stoßrichtungen der Ressortstrategie verknüpft und beruhen auf der Österreichischen Sicherheitsstrategie.

des Ressourceneinsatzes geschaffen, indem die bisherige Input-Orientierung um eine wirkungsorientierte Steuerung ergänzt wurde. Die Wirkungsziele des BMI sind eng mit den strategischen Stoßrichtungen der Ressortstrategie verknüpft und beruhen auf der Österreichischen Sicherheitsstrategie. Im Fokus stehen dabei die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, die nachhaltige Bekämpfung der Kriminalität, die Erhöhung der Verkehrssicherheit auf Österreichs Straßen, Gewaltschutz und -prävention, die effiziente und produktive Organisation des Sicherheitsdienstleisters BMI, das qualitativ hochwertige Management des Asyl- und Fremdenwesens sowie die Sicherstellung von Bedarfs- und Qualitätsorientierung im Bereich der legalen Migration.

Strategische Partner

Damit wir unsere Aufgabe als Sicherheitsdienstleister der Republik erfolgreich erfüllen können, brauchen wir klar geregelte und erfolgreich gelebte Partnerschaften auf nationaler und internationaler Ebene. Andere Ressorts, wie insbesondere das BKA, das BMLV, das BMEIA und das BMI, sowie die Bundesländer und Gemeinden, sind bewährte und verlässliche Partner. Besondere Bedeutung kommt der Zusammenarbeit zwischen Polizei, Einsatz- und Blaulichtorganisationen sowie dem Bundesheer zu. Eine weitere tragende Säule unserer Kooperationsarchitektur ist die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Einrichtungen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. Unsere wichtigsten Sicherheitspartner sind aber die Österreicherinnen und Österreicher sowie alle Menschen, die hier leben.

> Mit Sicher.Österreich setzt das BMI den vor zehn Jahren mit INNEN. SICHER. begonnenen Weg fort. Durch strategisches Management soll die Organisation zukunftsfit gemacht werden.

1.3 Umfeldanalyse

Bei der Umfeldanalyse wird der Blick nach außen gerichtet. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit den maßgeblichen Veränderungen im Umfeld des BMI. Es sollen die relevanten, für die Organisationsentwicklung maßgeblichen Trends und Veränderungen in den kommenden Jahren aufgezeigt werden, um daraus Chancen und Risiken zu erkennen und Schlüsselherausforderungen abzuleiten. Aufgrund der Möglichkeit des Eintretens sogenannter „Game Changer“ (Ereignisse mit weitreichenden und vernetzten Auswirkungen wie z.B. das Eintreten einer Pandemie, Effekte des Klimawandels oder neuen disruptiven Technologien) kann eine Trendanalyse für die kommenden Jahre nur einen Rahmen für mögliche Entwicklungen, die entweder wahrscheinlich oder zumindest

plausibel sind, darstellen. Dabei sollen die sicherheitspolitischen Eckpunkte des Weltsystems – seine politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und technologischen Komponenten, die die kommenden Jahre prägen werden – aufgezeigt werden, wobei sich die ganze Dynamik ihrer Entwicklung erst in der Zusammenschau der Wechselwirkungen der einzelnen Trends offenbart.

Folgen der COVID-19 Pandemie

Die Pandemie ist zu einem Multiplikator und Beschleuniger für bereits länger beobachtete Trends geworden („Game Changer"-Ereignis). Seit dem ersten Auftreten von COVID-19 in Österreich im Februar 2020 ist die Bewältigung dieser Pandemie zu einer der größten gesamtgesellschaftlichen Herausforderung der Zweiten Republik geworden. Nach mehreren „Lockdowns" zeigen sich Folgen der Pandemie für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Entwicklungen, die auch über das Ende der Pandemie hinaus nachwirken werden. Aus der Sicht des BMI sind dies insbesondere:

Seit dem ersten Auftreten von COVID-19 in Österreich im Februar 2020 ist die Bewältigung dieser Pandemie zu einer der größten gesamtgesellschaftlichen Herausforderung der Zweiten Republik geworden.

- Hohe Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an die Regierung und öffentliche Verwaltung, dass sie die Krise professionell managen und nachhaltige Lösungen zur Bewältigung der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen liefern werden (umfassendes Risiko-, Krisen- und Sicherheitsmanagement durch Behörden).

- Schwächung der internationalen Solidarität und des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie des sozialen Friedens durch steigenden Nationalismus während der

Krise (etwa Unterbrechung von Lieferketten und Zurückhaltung strategischer Güter) und Verbreitung von Desinformation (Fake News) über soziale Medien und das Internet durch das Schüren von Ängsten, Aufstachelung zum zivilen Ungehorsam (hybride Bedrohung).

- Weiteres Erstarken und „Vermischen" von unterschiedlichsten Protestbewegungen bis hin zu extremistischen Gruppierungen (Rechtsextremisten, Anhänger von Verschwörungstheorien und Staatsverweigerer), insbesondere wenn sich Wirtschaftslage und Arbeitsmarkt nicht ausreichend erholen und der Wohlfahrtsstaat mit seinen Leistungen immer stärker unter Druck gerät.

- Verstärkung von Kriminalitätsphänomenen wie der massiven Zunahme von Cyberkriminalität (von Erpressungs- über Betrugsdelikte bis hin zum Online-Kindesmissbrauch). Trotz des Rückgangs von „klassischen" Delikten wie der Eigentumskriminalität in der jüngeren Vergangenheit muss aufgrund der zu erwartenden negativen wirtschaftlichen Folgen der Pandemie in ganz Europa wieder mit einem Ansteigen von Eigentumsdelikten, Auftreten mobiler Tätergruppen aus dem Ausland sowie dem Anstieg von Gewalt in der Familie auf Grund der daraus resultierenden sozialen und psychischen Belastungen gerechnet werden.

- Hohe Anforderungen an die Exekutive, die bei ihren zum Teil sehr herausfordernden Einsätzen (z.B. im Rahmen von Massendemonstrationen gegen COVID-19 Maßnahmen) vermehrt mit Gewalt konfrontiert ist und gleichzeitig unter ständiger Beobachtung der Öffentlichkeit steht.

- Auch mit einer Zunahme der Migration über veränderte Schlepperrouten aus bereits bekannten, aber auch aus neuen Herkunftsländern muss gerechnet werden.

Darüber hinaus sind folgende längerfristige Trends für die Entwicklung der inneren Sicherheit von Relevanz und müssen laufend beobachtet und analysiert werden:

Veränderungen in der internationalen Regierungsführung und Ordnungspolitik

Die Gräben im internationalen System vertiefen sich und die globale Ordnungspolitik wird zunehmend hinterfragt, wodurch die sogenannte „International Governance" (internationale Regierungsführung) schwieriger wird. Dieser Trend hat sich durch die Coronakrise (COVID-19 Pandemie) verstärkt. Damit verlieren internationale Organisationen und multilaterale Foren an Einfluss und die Bedeutung von interessenbasierter nationalstaatlicher Politik nimmt zu. Konfrontationen finden in unterschiedlichen Abstufungen statt (von Entsolidarisierung, der Aberkennung bzw. Nicht-Verlängerung internationaler

Verträge über Sanktionen bis hin zu Handelsstreitigkeiten und Cyber-Angriffen). Dieses Vorgehen kann zu Missverständnissen und in Folge zu Konflikten mit hohem Eskalationspotential auf regionaler und globaler Ebene führen.

Machtverschiebungen und neue, vielschichtige Steuerungssysteme

Die aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen sind durch Verschiebungen von Macht gekennzeichnet. Daraus resultieren neue, vielschichtige Steuerungssysteme („governing systems"). Einerseits vom Staat hin zu nichtstaatlichen Akteuren (Konzerne, Nichtregierungsorganisationen, Medien, Aktivisten), die jeweils eigene Interessen verfolgen und Druck auf die Politik ausüben, andererseits zwischen staatlichen Akteuren auf der globalen und regionalen Ebene. Letztere Entwicklung ist gekennzeichnet durch eine Rückkehr in eine Welt mit mehreren konkurrierenden Machtpolen mit weniger definierten und wechselnden Allianzen. In den nächsten Jahren werden die USA und China – getragen von ihrer wirtschaftlichen, politischen, militärischen und sozialen Machtstellung – die wichtigsten Pole sein. Russland und die EU sind wichtige, jedoch weniger mächtige Akteure auf der Weltbühne. Diese Machtverschiebungen tragen zur Schwächung der internationalen Ordnung bei und führen dazu, dass sich Entwicklungen wie hybride Bedrohungen, internationaler Terrorismus oder Massenmigration stark auf eine nicht geeinte EU auswirken.

Wachsender Nationalismus

Die Schwächung der internationalen Ordnung und neue geopolitische Konfliktlinien führen zu einem wachsenden Nationalismus auch in Europa. Eine Ursache dafür sind die Schwächen europäischer Lösungsansätze, die oft nicht auf die Situation in den Mitgliedstaaten eingehen. Solche sind aber deshalb erforderlich, da komplexe Herausforderungen, wie die Steuerung globaler Migrationsströme oder die Bekämpfung von Cyber-Kriminalität, nicht auf nationaler Ebene wirksam und nachhaltig lösbar sind.

Steigende Polarisierung von Gesellschaften

Aufgrund von Tendenzen der Entsolidarisierung und eines voranschreitenden Werteverlusts bzw. der Konkurrenz von Wertesystemen nimmt die Polarisierung in Gesellschaften zu. Soziale Konflikte und Wertekonflikte begünstigen die Radikalisierung einzelner Gruppierungen, fördern Extremismus und können zum Nährboden für Terrorismus werden. Zu beobachten ist eine verstärkte Bildung von Bürger- bzw. Protestbewegungen, in denen sich verschiedenste Gruppierungen (Umwelt- mit Friedensaktivisten und Kapitalismuskritiker, aber auch rechts- und linksextreme Gruppen im gemeinsamen Kampf gegen

COVID-19 Maßnahmen) zusammenschließen, um den Druck auf die Politik zu erhöhen. Diese werden zunehmend aktionistischer und nutzen dabei neue Technologien (Drohnen) und soziale Medien. Die Proteste verlaufen zum Teil sehr gewalttätig und richten sich mitunter auch direkt gegen die Polizei. Diese Entwicklungen tragen zur Polarisierung in der Gesellschaft bei, gefährden den politischen und gesellschaftlichen Zusammenhalt und somit den sozialen Frieden.

Entsolidarisierung und Werteverlust begünstigen Radikalisierung einzelner Gruppen, fördern Extremismus und können zum Nährboden für Terrorismus werden.

Steigende Bedeutung religiös geprägter Inhalte in der Politik

Mit dem Erstarken des politischen Islams gewinnen auch in bisher säkular und religionsneutral geprägten europäischen Staaten wie Österreich religiöse Inhalte eine zunehmende Rolle im gesellschaftlichen und politischen Leben. Besonders der Missbrauch des Islam für politische, extremistische und terroristische Zwecke gefährdet Freiheit und Sicherheit in unserem Land. Musliminnen und Muslime, die sich zu den europäischen Grundwerten und der österreichischen Rechtsordnung bekennen, kommen zunehmend unter Druck von Extremistinnen und Extremisten.

Hohe Mobilität

Die Menschen werden mobiler. Politische und wirtschaftliche Krisen, bewaffnete Konflikte und mangelnde Perspektiven haben ein Ansteigen der Migration nach Österreich und in die EU bewirkt. Das hat Auswirkungen auf die sozialen Strukturen Österreichs, die Gesundheitsversorgung, das Bildungssystem, den Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie

generell den Staatshaushalt. Wertedifferenzen und nicht gelingende gesellschaftliche Einbindung von Zuwandernden können zu Parallel- und Gegengesellschaften führen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden und Extremismus sowie steigende Kriminalität bewirken. Vor diesem Hintergrund ist die konsequente Asyl- und Migrationspolitik weiter zu verfolgen sowie verstärkt darauf zu achten, dass Menschen, die nach Österreich und in die EU zuwandern, europäische Werte und die europäische Lebensweise respektieren.

Demografischer Wandel

Die Gesellschaft in Österreich unterliegt einem stetigen Wandel – die Bevölkerung wächst und wird internationaler. Die Menschen in unserem Land werden immer älter, wobei gleichzeitig der Anteil der Erwerbsfähigen sinkt. Der Trend zum Leben in Ballungsräumen und viele weitere gesellschaftspolitische Veränderungen ziehen direkte Konsequenzen für das BMI nach sich.

Bevölkerung nach breiten Altersgruppen 1950 bis 2080
(mittlere Variante)

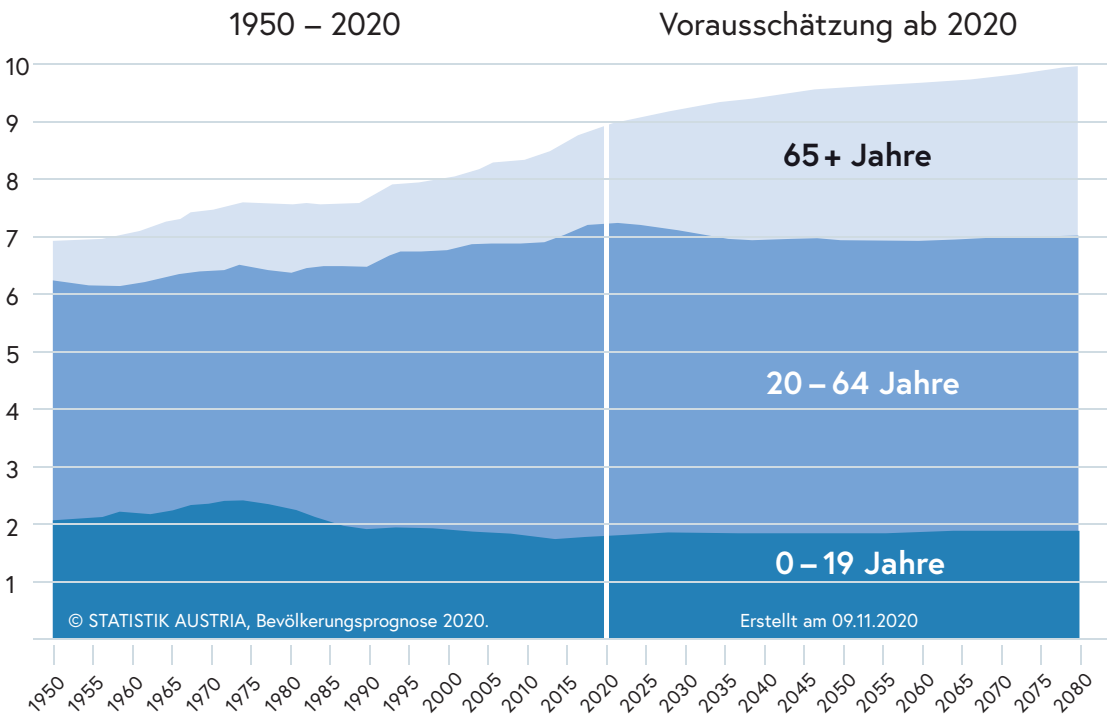


Abb. 4: Bevölkerung nach breiten Altersgruppen 1950 bis 2028

Bevölkerungspyramide
2019, 2040 und 2060

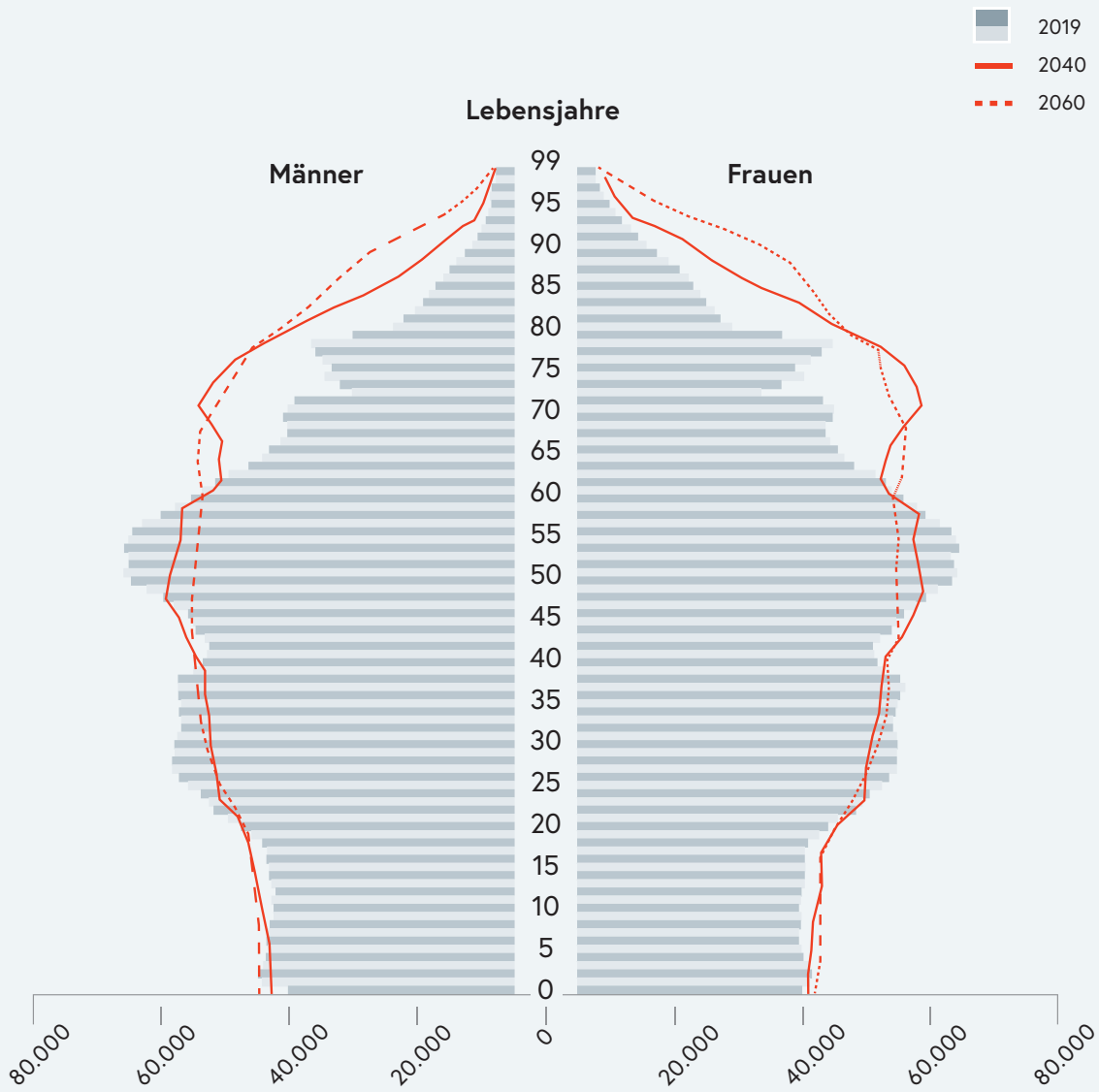


Abb. 5: Bevölkerungspyramide
© STATISTIK AUSTRIA, Bevölkerungsprognose 2020. Erstellt am 09.11.2020
Quelle Statistik Austria http://www.statistik.at/wcm/idc/groups/b/documents/webobj/mdaw/mdi3/~edisp/027331.png

Österreich ist in ein globales demografisches Umfeld eingebettet, für das sehr unterschiedliche Entwicklungsprognosen bestehen. Während bis 2030 für Europa ein Schrumpfen der Wohnbevölkerung vorhergesagt wird, wächst die Bevölkerung in allen anderen Weltteilen. Über 2030 hinaus schrumpft die Bevölkerung neben Europa auch in Asien, wobei aber vor allem in Afrika mit einem massiven weiteren Wachstum gerechnet wird.

Prognose der Bevölkerung in den Kontinenten

in den Jahren 2020, 2030 und 2100 (in Millionen)

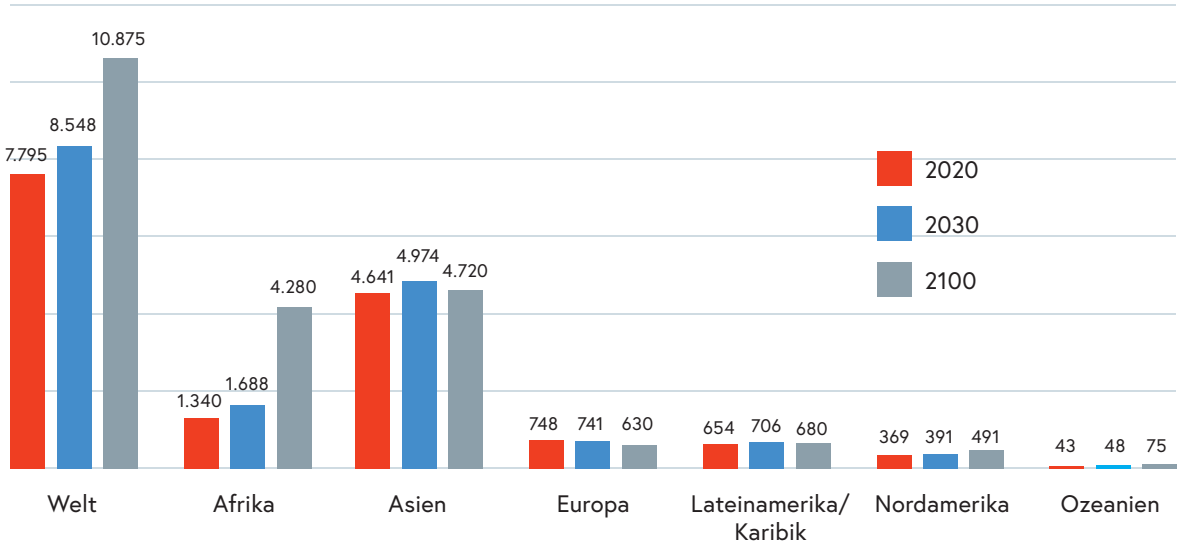


Abb. 6: Prognose der Bevölkerung in den Kontinenten
Quelle: UN DESA (Population Division) 2019. Die Werte für das Jahr 2020 sind Schätzungen.
Die Werte für die Jahre 2030 und 2100 sind Prognosen. Die Angaben beruhen auf der mittleren Berechnungsvariante.
https://de.statista.com/statistik/daten/studie/184686/umfrage/weltbevoelkerung-nach-kontinenten/#professional

In Europa selbst verläuft dieser demografische Wandel aber durchaus unterschiedlich: Die Bevölkerungszahlen von Österreich, der Schweiz und Frankreich sind seit 1990 konstant gestiegen und es wird ein weiterer Anstieg prognostiziert. In den osteuropäischen Staaten sowie in Spanien, Italien und Deutschland wird es hingegen zu einem Bevölkerungsrückgang kommen. Österreich wird nach aktuellen Prognosen der Statistik Austria bereits 2030 rund 9,2 Millionen Einwohner[6] haben. Das bedeutet einen migrationsbedingten Zuwachs von rund zwei Millionen Menschen und stellt Österreich und insbesondere das BMI vor sicherheits- und migrationspolitische Herausforderungen.

6 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/index.html

Bevölkerung in Europa
(in Millionen)

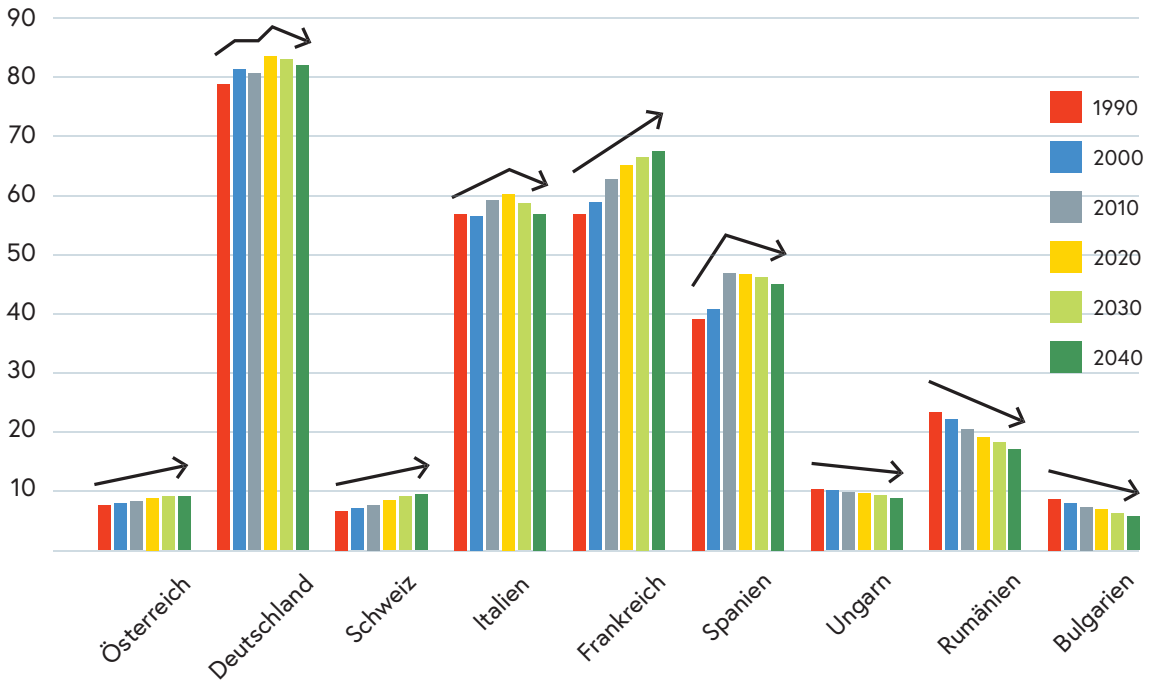


Abb. 7: Bevölkerung in Europa
Quelle: UN DESA (Population Division) 2019. Die Werte für das Jahr 2020 sind Schätzungen.
Die Werte für die Jahre 2030 und 2040 sind Prognosen. Die Angaben beruhen auf der mittleren Berechnungsvariante.
https://de.statista.com/statistik/daten/studie/184686/umfrage/weltbevoelkerung-nach-kontinenten/#professional

Beschleunigung des technologischen Wandels und der Hyperkonnektivität

Wegen der rasant wachsenden digitalen Vernetzung zwischen Menschen, Maschinen („Internet der Dinge“) und Organisationen sowie dem Ausbau einer noch leistungsfähigereren Infrastruktur (5G-Technologie) steigt die Abhängigkeit von Informations- und Kommunikationstechnologien weiter. Beschleunigt wird diese Entwicklung durch neue disruptive Technologien wie Künstlicher Intelligenz oder Quantencomputer. Diese machen unsere Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft verletzbarer gegenüber Cyber-Angriffen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure.

Insbesondere soziale Medien eröffnen ein immenses Potential zur Nutzung von zielgerichteter Kommunikation und Beeinflussung der Gesellschaft. Über soziale Medien können mittels Desinformation Gesellschaften und Wahlen beeinflusst werden, wodurch das demokratische System untergraben und ausgehöhlt werden kann. Die Digitalisierung schafft aber auch Chancen für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sowie insbesondere auch Strafverfolgungsbehörden, wenn es gelingt, obige Risiken effektiv zu bekämpfen und digitale Sicherheitslücken effizient zu schließen.

2
Strategie

© BMI, Gerd Pachauer

2.1 Vision 2030

Die Vision einer Organisation leitet das Handeln ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Von der Vision werden die Mission und das Leitbild abgeleitet.

Vision 2030

Sicher.Österreich
Gemeinsam für ein freies und sicheres Österreich.

Sicher.Österreich

Mission

Wir schützen aktiv und helfen den Menschen, wenn es darauf ankommt. Immer am Puls der Zeit sorgen wir für ein freies und sicheres Österreich.

Leitbild

Das BMI ist mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sicherheitsdienstleister unserer Republik und trägt im Rahmen seiner vielfältigen Aufgaben dazu bei, dass Staat und Gesellschaft zuverlässig funktionieren.

Wir schützen die Grund- und Freiheitsrechte und stellen sicher, dass alle Menschen in Österreich diese selbstbestimmt und eigenverantwortlich wahrnehmen können. Dabei verstehen wir uns für alle Österreicherinnen und Österreicher sowie die Menschen, die hier leben, als erster Ansprechpartner.

Unsere Kommunikation mit der Bevölkerung, mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unseren Partnern ist von Wertschätzung und Ehrlichkeit geprägt. Wir stellen das Bedürfnis aller nach Sicherheit in den Mittelpunkt unseres täglichen Handelns und bieten darüber hinaus schnelle sowie umfassende Hilfestellung.

Der persönliche Kontakt ist und bleibt uns wichtig. Für bestmögliche Sicherheit und optimale Abläufe nutzen wir dabei auch die vielfältigen Chancen der Digitalisierung und treiben diese verantwortungsvoll voran.

Gemeinsam mit unseren nationalen und internationalen Partnern arbeiten wir an den passenden Antworten auf die Bedrohungen von heute und morgen. Wenn die Freiheit und Sicherheit gefährdet werden, schreiten wir im Rahmen unserer Rechtsordnung konsequent und verhältnismäßig ein.

So gestalten wir die Rahmenbedingungen für ein sicheres Miteinander in der Zukunft.

© BMI, Gerd Pachauer

Besondere Anstrengung in strategischen Kernbereichen sind nötig, um einen wirksamen Beitrag zur Sicherheit und Resilienz Österreichs leisten zu können.

2.2 Strategische Stoßrichtungen

Unsere Rolle als der Sicherheitsdienstleister der Republik spiegelt sich in unseren umfassenden Aufgaben wider. Um einen wirksamen Beitrag zur Sicherheit in unserem Land, zum Schutz der Menschen sowie zur Erhöhung der Resilienz Österreichs leisten zu können, sind besondere Anstrengungen in den gleichrangigen strategischen Kernbereichen des BMI notwendig. Diese sind:

- Kompetent und vernetzt Kriminalität vorbeugen und bekämpfen
- Einsatz: Sicher im ganzen Land
- Ein konsequenter Kurs im Bereich Asyl, Migration und Rückkehr
- Extremismus und Terrorismus vorbeugen und entschlossen bekämpfen. Unseren Staat schützen
- Digitalisierung verantwortungsvoll vorantreiben und die Cybersicherheit erhöhen
- Krisen und Katastrophen effizient managen: Österreich resilienter machen
- Das BMI: Personell und organisatorisch bestens aufgestellt

Diese Stoßrichtungen sind miteinander verwoben und müssen daher in einem holistischen Ansatz betrachtet und mit konsequenter sicherheitspolitischer Gestaltung verfolgt werden. Um unsere Aufgaben wirksam und effizient erfüllen zu können, müssen wir erfolgreich nach innen und außen kommunizieren sowie uns konsequent national und international vernetzen.

Vision, Mission und Leitbild gelten bis mindestens 2030, Sicher.Österreich. Unsere Ressortstrategie mit ihren Handlungsfeldern und Leuchtturmprojekten soll bis 2025 umgesetzt werden.

2.2.1 Kompetent und vernetzt Kriminalität vorbeugen und bekämpfen

Lage:
Mit zielsicheren Strategien, innovativen Methoden und Technologien, vernetztem Handeln sowie gut ausgebildeten und engagierten Kriminalistinnen und Kriminalisten ist es gelungen, die Kriminalitätszahlen zu senken und die Aufklärungsquote zu steigern.

Die Gesamtkriminalität ist in Österreich seit 2011 im Trend rückläufig. Wurden in diesem Jahr 539.970 strafbare Handlungen (Verbrechen und Vergehen) angezeigt, waren es im Vorjahr 433.811. Dies entspricht einem Rückgang von 24,5 % gegenüber 2011.

Gesamtkriminalität in Österreich
(angezeigte Fälle)

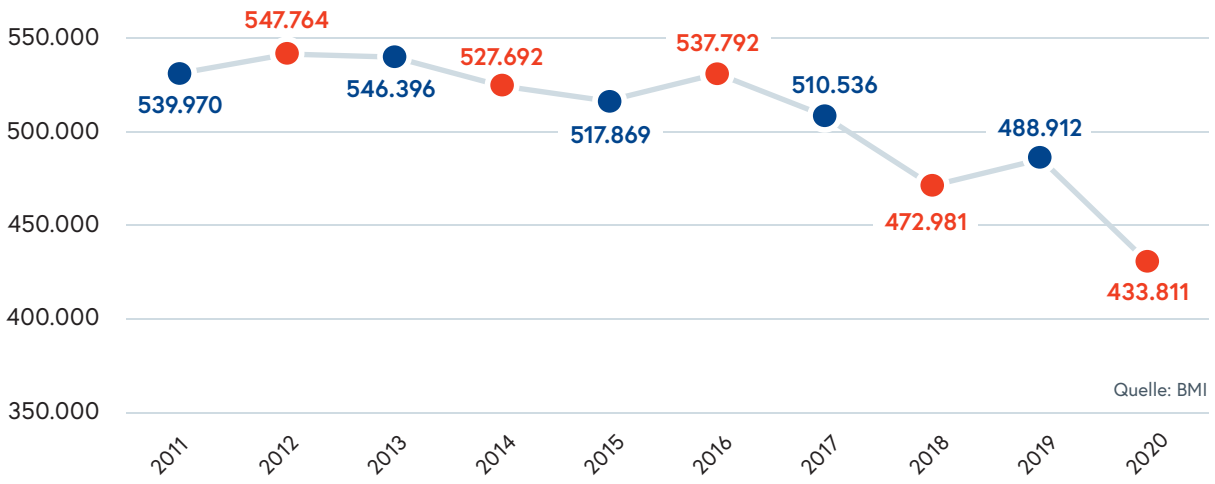


Abb. 8: Gesamtkriminalität in Österreich, angezeigte Fälle

Gleichzeitig konnte die Aufklärungsquote von 43,1 % im Jahr 2011 auf 54,2 % im Jahr 2020 erhöht werden. Gesellschaftliche Entwicklungen, demografischer Wandel, Wirtschaftskrisen, neue Technologien und offene Grenzen im Schengenraum können wieder zu einem Ansteigen der Kriminalität in Österreich sowie dem Entstehen neuer Kriminalitätsphänomene führen. Die wirtschaftlichen Folgen der COVID-19 Pandemie können zu einem Treiber für solche Entwicklungen, insbesondere im Bereich der Eigentumskriminalität, werden.

Mit zielsicheren Strategien, innovativen Methoden und Technologien, vernetztem Handeln sowie gut ausgebildeten Kriminalistinnen und Kriminalisten ist es gelungen, die Kriminalitätszahlen zu senken und die Aufklärungsquote zu steigern.

Das Regierungsprogramm bekennt sich zu einer Kriminalpolitik auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse, um Straftaten zu verhindern, Kriminalität zu bekämpfen und den Opferschutz zu stärken. Besondere Bedeutung kommt dabei evidenzbasierten Grundlagen wie polizeilichen, justiziellen sowie anderen Quellen und Statistiken zu.

Zur erfolgreichen Vorbeugung und Bekämpfung von Kriminalität ist die Weitergabe individuell vorhandener und verknüpfter Informationen, Erfahrungswerten und des Know-how durch Wissensträger erfolgskritisch.

Großverfahren stellen die Ermittlungsbehörden vor wachsende Herausforderungen bei der Analyse von großen Datenmengen (Big-Data-Analyse). Darüber hinaus führt das seit 2013 geltende Beschleunigungsgebot zu zunehmendem Druck auf die Staatsanwaltschaften, die diesen Druck an die Sicherheitsbehörden weitergeben. Es ist daher dringend erforderlich, die notwendigen personellen, rechtlichen und technischen Mittel bereitzustellen, um komplexe Verfahren zeitgerecht und erfolgreich abzuschließen. Wenn hier nicht gehandelt wird, droht eine schwere Belastung des Rechtsstaates im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung.

Kriminalpolizeiliche Ermittlerinnen und Ermittler werden zunehmend zum Ziel von Kampagnen krimineller und politischer Akteure. Durch diese hybriden Angriffe gegen die Person des Ermittlers soll die Ermittlung als Ganzes diskreditiert werden. Diese Angriffe stellen nicht nur eine Gefahr für die Ermittlungen dar, sondern gefährden auch gesetzeskonformes Handeln der Ermittlerinnen und Ermittler.

Österreich ist bei der Vorbeugung und Bekämpfung von Korruption erfolgreich. Im internationalen Ranking der Korruptionswahrnehmung liegt unser Land seit Jahren stabil im oberen Bereich und konnte zuletzt seine Platzierung[7] verbessern.

7 2019 verbesserte sich das Ranking Österreichs auf dem Corruption Perceptions Index von Transparency International um zwei Plätze auf den 12. Platz.

Schlüsselherausforderungen:

- Umfassende Beobachtung und Analyse von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen, um das Entstehen neuer Kriminalitätsphänomene bereits frühzeitig zu erkennen und proaktiv neue Strategien zur Vorbeugung und Bekämpfung zu entwickeln.
- Laufende Weiterentwicklung der Ermittlungsmethoden (neue Rechtsgrundlagen und innovative Technologien, internationale Vernetzung usw.) bei gleichzeitiger Entlastung der Polizei sind Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung.
- Der zeitgerechte und erfolgreiche Abschluss von Großverfahren wird durch die steigende Komplexität der Ermittlungen, die wachsenden IT-Datenmengen sowie den zunehmenden Bedarf an grenzüberschreitenden Ermittlungen gefährdet.
- Steigende Gewalt gegen vulnerable Gruppen, insbesondere im öffentlichen Raum, erfordert verstärkte Erforschung der Ursachen, umfassende Vorbeugung sowie entschlossene Bekämpfung.
- Neue Strategien zur persönlichen Diskreditierung von Behörden sowie Ermittlerinnen und Ermittlern gefährden den Rechtsstaat.

Ziele:

- Effiziente und effektive Gestaltung der Inneren Sicherheit durch Weiterentwicklung der Maßnahmen zur Vorbeugung und Bekämpfung von organisierter Kriminalität, Menschenhandel, Zwangsprostitution, Gewalt, Einbruch, Raub sowie Diebstahlsdelikten.
- Ausbau der kriminalpolizeilichen Fähigkeiten im Analyse,- Ermittlungs- und Forensikbereich sowie konsequente Digitalisierung der Ermittlungen durch ein umfassendes, beschleunigtes und technikgestütztes polizeiliches Informationsmanagement sowie die innovative Nutzung neuer Technologien, um proaktiv auf neue Kriminalitätsentwicklungen reagieren zu können.
- Vernetztes Handeln mit nationalen Stakeholdern aus Wirtschaft und Gesellschaft sowie verstärkte Kooperation mit Polizeibehörden anderer Staaten und internationalen Polizeiorganisationen, wie z.B. Europol und Interpol, als Erfolgsfaktoren einer effektiven und effizienten Kriminalpolizei.

Handlungsfelder und Leuchtturmprojekte:

- Reform des Kriminaldienstes – Spezialisierung auf regionaler Ebene
- Einführung von innovativen Analyse-, Ermittlungs- und Fahndungsmethoden insbesondere unter Berücksichtigung des Aspektes der Digitalisierung
- Verstärkter Kampf gegen die organisierte und grenzüberschreitende Kriminalität sowie die Umweltkriminalität
- Fokussierte Bekämpfung von „High Risk Crime Networks“ vor allem in den Bereichen Korruption und Waffenhandel sowie Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung als zentrale, horizontal auf alle Kriminalitätsbereiche übergreifende Elemente

- Ausbau der Programme im Bereich der Kriminalprävention
- Verstärkte Maßnahmen im Bereich des Gewaltschutzes
- Bekämpfung des Sozialleistungsbetrugs auch durch Schaffung fälschungssicherer Ausweisdokumente für Fremde
- Kontinuierliche und konsequente Umsetzung der nationalen Anti-Korruptions-Strategie sowie organisatorische Weiterentwicklung des BAK

2.2.2 Einsatz: Sicher im ganzen Land

Lage:

Die Polizei ist jene gesellschaftliche Einrichtung, der die Menschen in Österreich am meisten vertrauen[8]. Sie schützt die Grund- und Freiheitsrechte und stellt sicher, dass alle Menschen ihre Rechte selbstbestimmt und eigenverantwortlich wahrnehmen können. Sie ist dabei für alle Menschen in diesem Land der erste Ansprechpartner, wenn Freiheit und Sicherheit gefährdet sind.

Damit die Polizei auch weiterhin ihrer Aufgabe konsequent und rechtsstaatlich nachkommen kann, braucht sie klare Vorgaben, die besten Köpfe, Budget und eine innovative Ausstattung. Diese innovative Ausstattung hilft, z.B. durch die Nutzung von Body-Worn-Cameras Misshandlungsvorwürfe, objektiv zu untersuchen oder mit Hilfe von Drohnen eine neue Qualität des Einsatzes zu entwickeln.

Die Polizei kann die Sicherheit Österreichs nicht allein gewährleisten. Erst vernetztes Handeln und gelebte Partnerschaften mit Wirtschaft und Gesellschaft machen es möglich, das hohe Sicherheitsniveau in unserem Land zu erhalten und innere Sicherheit effizient und effektiv zu gestalten.

Durch Vernetzung mit anderen Ressorts, den Ländern und Gemeinden sowie Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft werden die Antizipations- und Krisenreaktionsfähigkeit des BMI erhöht.

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, gute Rahmenbedingungen für eine moderne und bürgerorientierte Polizei zu schaffen. Dies gibt uns die Chance, durch den Einsatz moderner Technologien innovativ zu sein.

Die Gewährleistung von Sicherheit im Sport hat sich in den letzten Jahren zu einer wichtigen Herausforderung für die Sicherheitsbehörden entwickelt.

Mit „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“ hat das BMI eine erfolgreiche Partnerschaft zwischen Polizei, Ländern und Gemeinden sowie Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürgern geschaffen.

---

8 EVS (European Social Survey, EVS-Wellen: 1990, 1999, 2008 und-2018); IHS Graphik https://www.werteforschung.at/fileadmin/user_upload/p_inter_werteforschung/EVS_Politik_sozialer_Zusammenhalt.pdf (April 2019)

Schlüsselherausforderungen:

- Erhalt der Effizienz des polizeilichen Handelns bei voller Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit sowie der Transparenz dabei.
- Stärkung des Vertrauens vulnerabler Gruppen in die Wirksamkeit polizeilichen Einschreitens.
- Sicherstellung der notwendigen personellen und budgetären Ressourcen sowie gesetzlichen Grundlagen als Voraussetzung für die effiziente und effektive Gestaltung der inneren Sicherheit.
- Wahrung der Balance zwischen Transparenz sowie erforderlicher und verhältnismäßiger Geheimhaltung.
- Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte durch die Angehörigen der Sicherheitsbehörden stehen im Fokus der öffentlichen Wahrnehmung.

Durch die Stärkung des Sicherheitsvertrauens der Österreicherinnen und Österreicher kann innere Sicherheit effizient und effektiv gestaltet werden.

Ziele:

- Um innere Sicherheit effizient und effektiv gestalten zu können, ist es notwendig, das hohe Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei durch partnerschaftliche Zusammenarbeit zu erhalten, vulnerable Gruppen entschlossen vor Gewalt zu schützen sowie das Sicherheitsvertrauen der Österreicherinnen und Österreicher zu stärken.
- Durch verstärkte und nachhaltige Vermittlung der Grund- und Freiheitsrechte sowie ihren konsequenten Schutz ist sicherzustellen, dass das BMI seinem Anspruch gerecht wird, die größte Menschenrechtsschutzorganisation Österreichs zu sein.
- Durch Ausbau von Kooperationen mit Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung wird die erfolgreiche Weiterentwicklung der Polizeiarbeit ermöglicht.
- Gewährleistung der Sicherheit im Sport durch vernetztes Handeln in einer umfassenden Partnerschaft von Polizei, Sportorganisationen, Vereinen und den Medien.

Handlungsfelder und Leuchtturmprojekte:

- Aufbau einer mobilen Einheit in den Landespolizeidirektionen mit einem multifunktionalen Einsatzspektrum
- Fortsetzung der Innovationsinitiative insbesondere durch:
  - Erweiterung der Einsatzbereiche von Drohnen und Intensivierung des Drohneneinsatzes
  - Verstärkter Einsatz von Body-Worn-Cameras und audiovisuellen Vernehmungssystemen zur lückenlosen Beweissicherung und Dokumentation
  - Einrichtung von Einsatztrainingszentren mit einer modernen digitalen Treffererkennung
  - Optimierung des Informationsaustausches durch Vernetzung der EU-Informationssysteme im Rahmen der Umsetzung der Interoperabilitätsverordnung der EU auch zur Verbesserung der Fahndung und Ermittlung mit Hilfe von Biometriedaten
  - Vorantreiben der Digitalisierung durch Weiterentwicklung der Mobilen Polizeikommunikation und Ausbau der Mobilen Fallbearbeitung
  - Weiterentwicklung der Notruf- und Einsatzbearbeitung sowie Entwicklung eines barrierefreien Notrufs
- Weiterentwicklung der Initiative „GEMEINSAM.SICHER in Österreich“
- Weiterentwicklung des See- und Stromdienstes zu einer Wasserpolizei
- Erhöhung der Verkehrssicherheit auch durch Weiterentwicklung der Verkehrsüberwachung
- Verstärkung der Initiative Sicherheit im Sport
- Ausbau des Dialoges zwischen Vertretern des BMI und Vertretern der NGOs im Rahmen des Programms POLIZEI.MACHT.MENSCHEN.RECHTE

2.2.3 Ein konsequenter Kurs im Bereich Asyl, Migration und Rückkehr

Lage:

Die Migrationskrise 2015 war ein Wendepunkt der österreichischen Sicherheits- und Migrationspolitik. Die größte Massenmigration seit dem Zweiten Weltkrieg mit 679.639 Migranten an unseren Grenzen, einem Anstieg der Asylzahlen mit über 88.000 und einer mehr als Verdreifachung gegenüber 2014, brachten das österreichische Asyl- und Migrationssystem an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit. Nur durch eine gemeinsame Anstrengung staatlicher und nichtstaatlicher Organisationen konnten die Krise bewältigt und schwerwiegende Störungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit verhindert werden.

Die Ursachen der Krise – bewaffnete Konflikte in Syrien, dem Irak und Afghanistan, die politische Auseinandersetzung zwischen der Türkei und der EU sowie mangelnde Perspektiven in den Herkunftsländern – sind bis heute nicht beseitigt. Zudem stellen laufende Routenverlagerungen eine zentrale Herausforderung für die Europäische Union

sowie deren Mitgliedstaaten dar. Österreich ist dabei in besonderem Ausmaß von den Entwicklungen entlang der östlichen Mittelmeeroute und der massiven Migration am Balkan als eines der ersten mitteleuropäischen Zielländer betroffen.

In Folge der COVID-19 Pandemie und der daraus resultierenden Verschlechterung der wirtschaftlichen und politischen Lage kann es zu einem weiteren Anstieg der Migration kommen.

Asylanträge in Österreich

(jährlich / 2011 bis 2020)

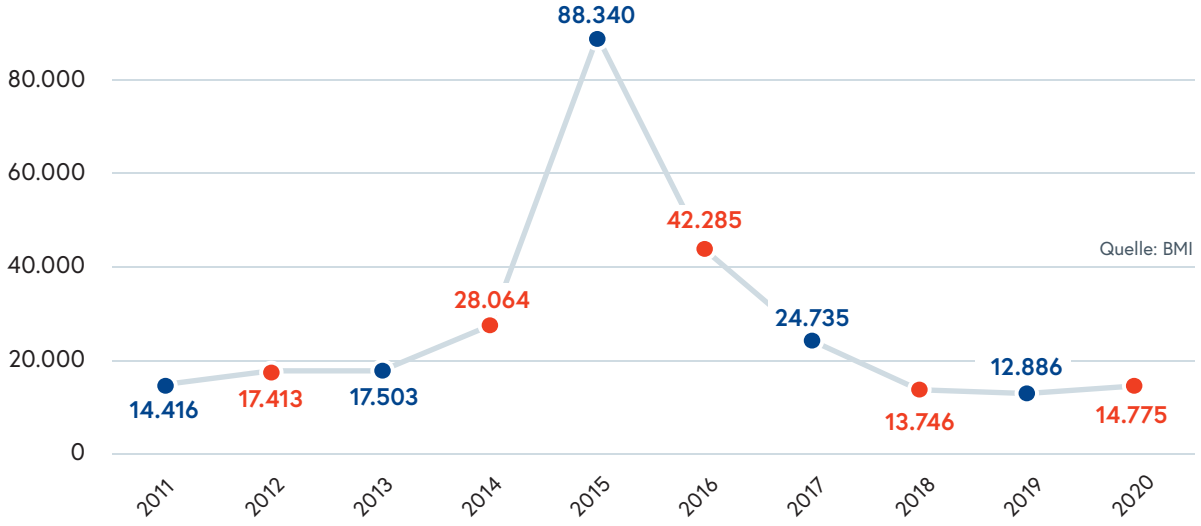


Abb. 9: Asylanträge in Österreich

Asylanträge, antragsstärkste Herkunftsländer

(TOP 10 / Jänner bis Dezember 2020)

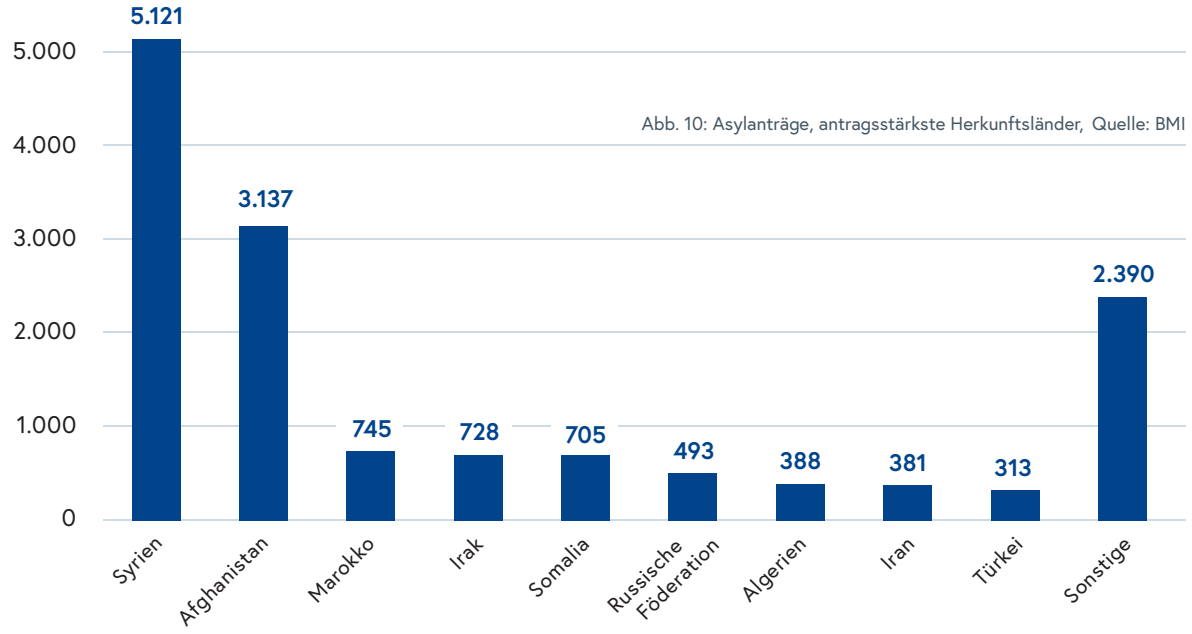


Abb. 10: Asylanträge, antragsstärkste Herkunftsländer, Quelle: BMI

Das aktuelle Regierungsprogramm bekennt sich zu einer konsequenten und kohärenten Migrationspolitik in Österreich, Europa und über die Grenzen hinaus. Diese umfasst eine Asylpolitik, die in allen Bereichen rechtsstaatlichen Grundsätzen entspricht, die Mindeststandards der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention und des Unionsrechts achtet und auf einem geordneten Prozess mit klaren Regeln basiert, die auch auf schnelle, faire und qualitativ hochwertige Asylverfahren, eine qualitätsvolle Grundversorgung, Förderung und Vorrang der freiwilligen Rückkehr sowie konsequente Abschiebungen abzielt.

Schlüsselherausforderungen:

- Die Verhinderung einer neuen Migrationskrise durch Nutzung aller nationalen und internationalen Mittel hat höchste Priorität.
- Vernetztes Handeln aller relevanten Politikbereiche wie Sicherheit, Justiz, Soziales, Gesundheit, Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Äußeres, Bildung, Kultur und Integration als Voraussetzung für die Entwicklung und Umsetzung einer neuen, kohärenten und gesamtstaatlichen Migrationspolitik sicherstellen.
- Gestaltung einer erfolgreichen und nachhaltigen Migrationspolitik, die sich an den Interessen der Bevölkerung in Österreich und den Bedürfnissen des Wirtschaftsstandortes orientiert.
- Die Entwicklungen in der EU (Erweiterung, fehlender Konsens, usw.) sind eine laufende Herausforderung für die österreichische Migrationspolitik. Anstatt die gescheiterten Verteilungsdebatten weiter zu verfolgen, bedarf es eines neuen, echten und funktionierenden Solidaritätskonzeptes ohne verpflichtende Verteilung, das zu einer Eindämmung des illegalen Migrationsdrucks in die EU und nach Österreich führt.
- In einer globalisierten Welt mit hoher Vernetzung erreicht Kommunikation eine völlig neue Dimension. Aus diesem Grund müssen eine neue Migrationspolitik an die gesteigerte Mobilität und kommunikative Vernetzung angepasst und moderne Instrumente für eine proaktive Kommunikation von Migrationsrisiken in den Herkunfts- und Transitländern genutzt werden.

Ziele:

- Durch ein gesamthaftes Migrationsmanagement, den Prinzipien der Einheit der Führung und des vernetzten Handelns folgend, wird Migrationspolitik effizient und effektiv gestaltet.
- Sicherstellung einer kurzen Verfahrensdauer in erster Instanz sowie die Gewährleistung hoher Qualität und Effizienz im Vollzug des Fremdenwesens sind unverzichtbare Bestandteile dieser Migrationspolitik.
- Die Weiterentwicklung eines kohärenten, umfassenden Rückkehr-Systems, welches freiwillige Rückkehr und Reintegration fördert, aber auch zwangsweise Außerlandesbringungen umfasst und im engen Zusammenspiel mit europäischen Partnern umgesetzt wird (Frontex, „like minded“ Mitgliedstaaten) als Kernelement einer erfolgreichen Migrationspolitik etablieren.

© BMI, Gerd Pachauer

- Aktive Mitgestaltung des EU-Systems „Grenzschutz und Migration“ sowie die Verknüpfung der Bereiche Schengen- und Asyl als Beitrag zu einem effektiven nationalen Migrationsmanagement.
- Schaffung und effiziente Nutzung von internationalen Initiativen besonders in den Bereichen Rückführung von Migranten, Grenzschutz, Asyl und Schlepperei-bekämpfung als Ergänzung nationaler Anstrengungen zur Reduktion des Migrationsdrucks auf Österreich und die EU-Außengrenzen.

Die Verhinderung einer neuen Migrationskrise durch Nutzung aller nationalen und internationalen Mittel hat höchste Priorität. Vernetztes Handeln bildet dabei einen der Hauptpfeiler eines gemeinsamen Vorgehens.

Handlungsfelder und Leuchtturmprojekte:

- Schutz der österreichischen Binnengrenzen und Stärkung des europäischen Außengrenzschutzes; Grenzschutz in Zusammenarbeit mit den Ländern der Balkanregion; verstärkte Bekämpfung von Schlepperei und Menschenhandel
- Weiterentwicklung des kohärenten Rückkehr-Systems durch Förderung freiwilliger Rückkehr und konsequenter Abschiebung sowie Etablierung eines strategisch fokussierten, gesamtstaatlichen Ansatzes bei der dafür essentiellen Drittstaatskooperation (Rückübernahme) sowie aktive Nutzung und Beitrag zum bestmöglichen Ausbau des europäischen Rückkehr-Systems (Aufwertung des Bereichs Rückkehr auch im Sinne des neuen Migrations- und Asylpaketes; verstärkte Etablierung von Frontex als EU-Rückkehr-Agentur; Bedingungen beim Abschluss von Visaabkommen, …)

© BMI, Gerd Pachauer

© BMI, Gerd Pachauer

Mit Hilfe verstärkter Zusammenarbeit und dem Einsatz neuer Technologien, wie z.B. Drohnen, soll eine neue Qualität des Einsatzes entwickelt werden.

- Fortsetzung des Prozesses der gesamtstaatlichen Migrationsstrategie mit wissenschaftlicher Begleitung zur Sicherstellung eines gesamtstaatlichen Migrationsmanagements in Österreich
- Vernetztes Handeln durch internationale Zusammenarbeit fördern, insbesondere durch:
  - Joint Coordination Platform (JCP): Festigung der Koordinierungsplattform unter Einbindung der EU-Mitgliedstaaten, Westbalkanstaaten, EU-Agenturen und internationaler Organisationen zur Bekämpfung illegaler Migration sowie Verbesserung der Asyl- und Rückkehrkapazitäten entlang der Westbalkan-Route
  - Forcierung des Ausbaus von Aufnahme-, Schutz- und Grenzkapazitäten, der Schaffung von Perspektiven vor Ort, der Durchführung von Projekten und Informationskampagnen, sowie der Bekämpfung von Schlepperei und des Menschenhandels in den Herkunfts- und Transitregionen als wesentliche Beiträge zur Bekämpfung illegaler Migration
  - Stärkung der strategischen Zusammenarbeit zur erfolgreichen Durchsetzung der österreichischen Interessen im europäischen asyl- und migrationsrelevanten Gesetzgebungsprozess und bei Vorlagen der Europäischen Kommission
  - Weiterentwicklung eines kohärenten Rückkehr-Systems durch verstärkte Rückkehrkooperationen mit Drittstaaten
- Einrichtung eines Migrationskrisenverfahrens und aktive Teilnahme an der Etablierung eines Vorsorge- und Krisenmanagementmechanismus der EU für Migration einschließlich eines permanenten Monitorings im Bereich der illegalen Migration auch durch verstärkte Statistik- und Analyseprodukte sowie Prognosen
- Stärkung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen (BBU) sowie Weiterentwicklung des qualitätsvollen Grundversorgungssystems unter Wahrung der aktuellen Bund-Länder-Vereinbarung
- Weiterentwicklung der Rot-Weiß-Rot – Karte zur Deckung des Arbeitskräftebedarfs

2.2.4 Extremismus und Terrorismus entschlossen vorbeugen und bekämpfen. Unseren Staat schützen

Lage:

Der islamistisch motivierte Terroranschlag vom 2. November 2020 hat gezeigt, dass der islamistische Extremismus und Terrorismus eine der größten Bedrohungen für die Sicherheit Österreichs sind. Ziel des Terrorismus ist es immer, die Gesellschaft einzuschüchtern und die Handlungsfähigkeit des Staates zu beschränken.

Neben der unmittelbaren Gefahr durch gewaltbereite Islamisten sowie deren nationale und internationale Netzwerke ist der islamistischen Indoktrinierung, Finanzierung und Unterwanderung öffentlicher Institutionen durch islamistische Akteure erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Die Etablierung islamistischer Netzwerke, darunter Foreign Terrorist Fighter und die Beeinflussung der in Österreich lebenden Musliminnen und Muslime durch islamische Staaten stellen eine wachsende Bedrohung dar. Diese islamistischen Netzwerke bedrohen auch Musliminnen und Muslime, die sich zu den europäischen Grundwerten und zur österreichischen Rechtsordnung bekennen. Diese vulnerable Gruppe braucht unseren Schutz.

Foreign Terrorist Fighters
(Anzahl / Stand 01.01.2021)

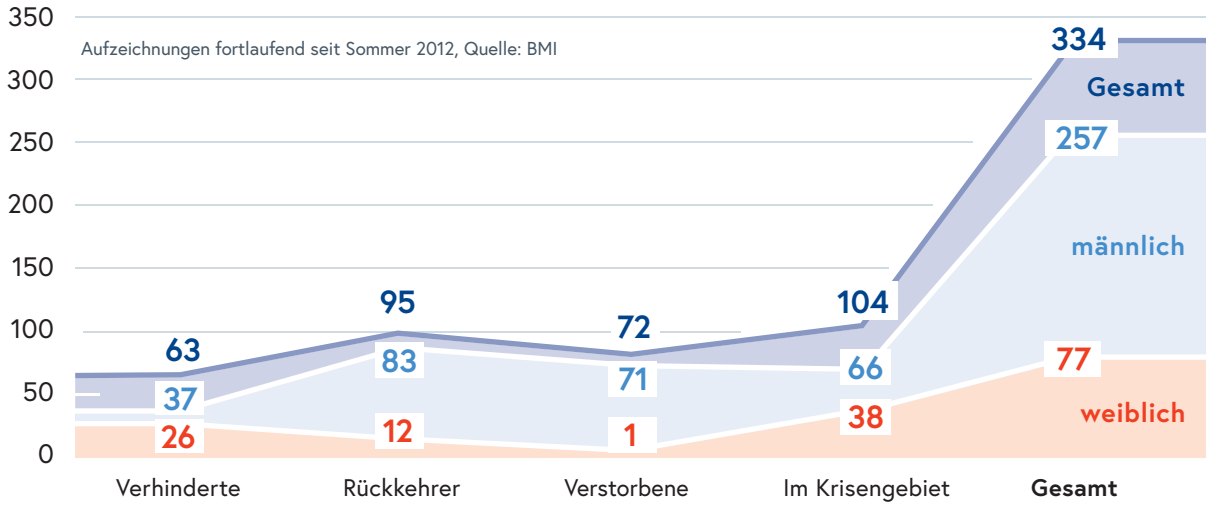


Abb. 11: Anzahl Foreign Terrorist Fighters

In den vergangenen Jahren wurde auch ein Anstieg des Antisemitismus in Österreich verzeichnet, der von der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) wie folgt definiert wird: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich

als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum, sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen." Dieses Phänomen manifestiert sich nicht zuletzt auch durch einen von Migrantinnen und Migranten aus muslimischen Ländern ausgehenden Antisemitismus, der den traditionellen rechts- und linksextremen Antisemitismus und Antizionismus ergänzt.

Das öffentliche Aufeinandertreffen von ideologisch antagonistischen, extremistischen Personengruppen bleibt aus staats- und sicherheitspolitischer Perspektive brisant und stellt für die Zukunft eine bedeutende Aufgabe im Rahmen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit dar. Die von diesen Akteuren ausgehenden Angriffe richten sich nicht nur gegen den ideologischen Gegner, sondern verstärkt auch gegen Dritte (Polizistinnen und Polizisten, Unbeteiligte sowie öffentliches und privates Eigentum).

Staatsfeindliche Verbindungen (Staatenbund Österreich, „International Common Law Court of Justice Vienna"/ICCJV etc.) konnten durch entschlossenes Handeln der Staatsschutzbehörden und der Justiz erfolgreich eingedämmt werden. Nicht zuletzt durch Unterstützung aus dem Ausland setzen diese Verbindungen ihre rechtswidrigen Aktivitäten fort.

Extremistische und staatsfeindliche Bewegungen versuchen die COVID-19 Pandemie und deren gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen für sich zu nützen. Hybride Angriffe auf unsere Souveränität durch Ausspähung sowie die Beeinflussung demokratischer Prozesse (z. B. Wahlen) durch staatliche und staatlich gelenkte Akteure sind eine Gefahr für Staat und Gesellschaft. Dabei kommen verstärkt sogenannte „Fake News" und „Deepfakes" zum Einsatz.

Die Bundesregierung stellt sich an die Spitze des Kampfes gegen jede Form von Extremismus und Antisemitismus.

Schlüsselherausforderungen:

- Die Bekämpfung des Extremismus und Terrorismus erfordert entschlossenes Handeln der Sicherheitsbehörden in den Bereichen Antizipation, Prävention und Repression sowie umfassende Kooperation mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Partnern.
- Steigender politisch und religiös motivierter Antisemitismus, der sich auch als Antizionismus geben kann, muss in einem umfassenden Ansatz bekämpft werden.
- Rechtsextremismus und Linksextremismus entwickeln sich auf Grund ändernder gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Rahmenbedingungen interdependent ständig weiter.
- Die Möglichkeiten der sozialen Medien und anderer internetbasierter Informationsräume führen zu einer raschen und schwer kontrollierbaren Ausbreitung von extremistischen Inhalten. Neben der freiwilligen Selbstkontrolle der Betreiber muss auf ergänzende staatliche Eingriffe gesetzt werden.

© BMI, Gerd Pachauer

Die jüngste Vergangenheit mit dem islamistisch motivierten Terroranschlag vom 2. November 2020 hat gezeigt: Extremismus und Terrorismus sind zwei der größten Bedrohungen für die Sicherheit Österreichs.

- Erkennen und Abwehr hybrider Angriffe ausländischer Akteure gegen den Staat und die österreichische Gesellschaft sind nur mit einem gesamtstaatlichen sicherheitspolitischen Ansatz sowie voller Nutzung der Möglichkeiten im Rahmen der EU möglich.

Ziele:

- Durch entschlossene Bekämpfung von Extremismus, Terrorismus und Antisemitismus sowie die wirksame Abwehr von ausländischem politischen Einfluss auf religiöse Einrichtungen, Staat und Gesellschaft wirksam schützen.
- Durch wirksame Rechtsgrundlagen sowie vernetztes nationales und internationales Handeln, Voraussetzungen für eine effektive und effiziente Gestaltung der inneren Sicherheit schaffen.
- Die Resilienz Österreichs in einem gesamtstaatlichen Ansatz gegenüber hybriden Angriffen auf die verfassungsmäßigen Einrichtungen und die demokratischen Prozesse stärken.

Handlungsfelder und Leuchtturmprojekte:

- Umsetzung der Neuaufstellung des Staatsschutzes und des Nachrichtendienstes und Schaffung einer neuen Staatsschutzstrategie
- Verstärkung der Vorbeugung und Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus in einem gesamtstaatlichen Ansatz durch Umsetzung des Anti-Terror-Paketes sowie die Ausarbeitung von Aktionsplänen gegen Rechtsextremismus und den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam)

- Umsetzung der ganzheitlichen Strategie zur Vorbeugung und Bekämpfung aller Formen des Antisemitismus sowie Stärkung der Erinnerungs- und Gedenkkultur
- Verstärkte Beobachtung der im Zuge der COVID-19 Pandemie wachsenden extremistischen Bewegungen
- Stärkung des Objektschutzes im Bereich der verfassungsmäßigen Einrichtungen und der operativen Anti-Terrorkapazitäten
- Entwicklung gesamtstaatlicher Konzepte zum Erkennen und zur Abwehr von hybriden Angriffen, Desinformation und „Deepfakes"
- Verstärkte Vernetzung mit nationalen, europäischen und internationalen Partnern

2.2.5 Digitalisierung verantwortungsvoll vorantreiben und die Cybersicherheit erhöhen

Lage:

Die rasanten Fortschritte der Informations- und Kommunikationstechnologie verändern tiefgreifend und nachhaltig Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Die COVID-19 Pandemie hat diesen Trend mit dem Anstieg des Internet-Handels und dem breiten Einsatz von Telearbeit beschleunigt.

Die digitale Transformation der Bundesverwaltung ist in Österreich[9], trotz sehr guter Ansätze, im Vergleich zu internationalen Vorbildern (z.B. Estland) noch zu gering. Dies gilt auch für das BMI. Beim Vorantreiben der Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft wird das BMI seine Pionierrolle – wie bei der Schaffung einer sicheren elektronischen Identität (e-ID), der Einrichtung der für e-Government notwendigen Register oder der Digitalisierung des Notrufsystems – weiter verantwortungsvoll wahrnehmen. Durch die konsequente Digitalisierung der eigenen Kernprozesse wird die Effizienz der Organisation des BMI wesentlich erhöht.

Den wachsenden Chancen der Digitalisierung stehen steigende Risiken für die Cybersicherheit gegenüber. Im Gegensatz zum Trend der sinkenden Gesamtkriminalität ist die Internet-Kriminalität weiter im Steigen begriffen. Im Jahr 2020 gab es 35.915 Anzeigen gegenüber 28.439 im Vergleichszeitraum 2019. Hauptverantwortlich dafür sind die Anzeigen wegen Internetbetrugs. Auf Grund der rasanten technologischen Entwicklung wie Künstlicher Intelligenz oder Quantencomputern wird Internet-Kriminalität auch in Zukunft steigen. Internet-Kriminalität kennt keine Staatsgrenzen. Für eine erfolgreiche Bekämpfung ist daher die internationale Zusammenarbeit auf Grundlage wirksamer nationaler Rechtsnormen unverzichtbar. Das weiterhin rasante Wachstum dieses Kriminalitätsphänomens macht es auch notwendig, spezialisierte Ermittlerinnen und Ermittler (Cyber-Cops) dezentral einzusetzen.

---

9 https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/egovernment-benchmark-2019-trust-government-increasingly-important-people

Cyber-Angriffe auf staatliche Einrichtungen[10] und kritische Infrastrukturen werden von politischen Akteuren im Rahmen von hybriden Konflikten eingesetzt und stellen eine ernste Bedrohung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft dar.

Internet-Kriminalität
(gesamt 2011 bis 2020)

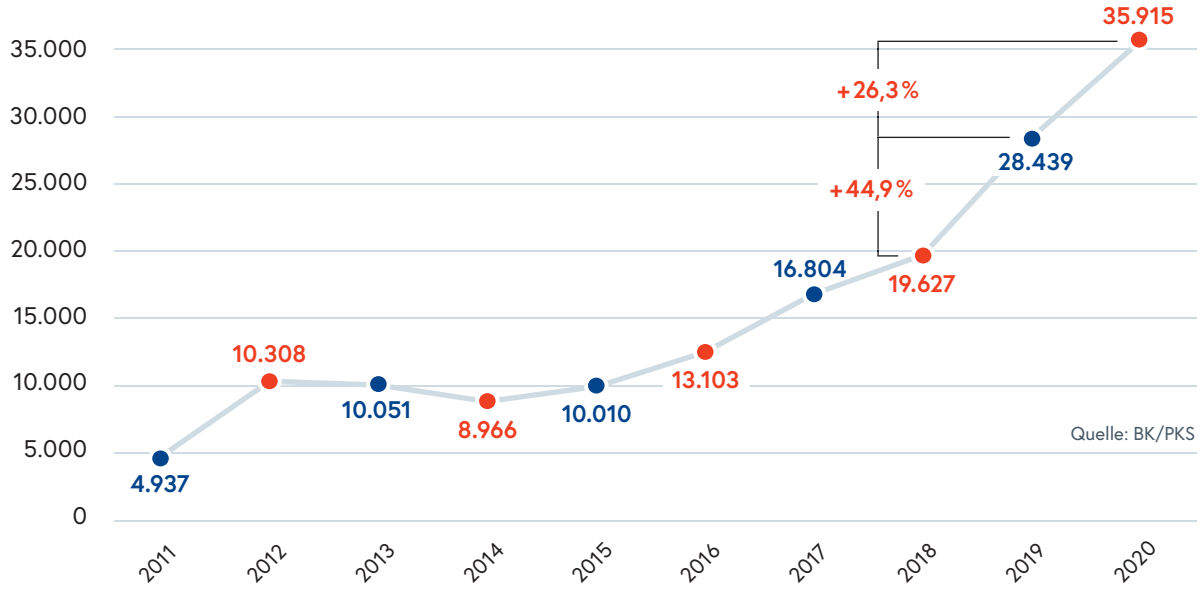


Abb. 12: Internet-Kriminalität von 2011 bis 2020

Die Einführung des 5G-Netzes zeigt die Abhängigkeit der EU und Österreichs von Drittstaaten und die Vernetzung von technologischen Entwicklungen mit sicherheits-, außen- und wirtschaftspolitischen Fragen.

Internationale Statistiken zeigen, dass die Produkte keines einzigen Herstellers von IKT-Lösungen frei von Schwachstellen sind. Daher reichen ausschließlich technische Lösungen niemals aus, um digitale Sicherheit zu gewährleisten.

Das Netz- und Informationssystemsicherheitsgesetz (NISG) führt zu einer signifikanten Erhöhung der Cybersicherheit der kritischen Infrastrukturen und somit zu einer Steigerung der gesamtstaatlichen Resilienz Österreichs im Bereich der Cybersicherheit. Die von der EU im Dezember 2020 vorgestellte NIS 2-Richtlinie wird dazu beitragen, die

10 Zum Jahreswechsel 2019/2020 fand ein schwerer Cyber-Angriff auf das BMEIA statt, der zur erstmaligen Ausrufung einer Cyberkrise gemäß dem NISG führte.

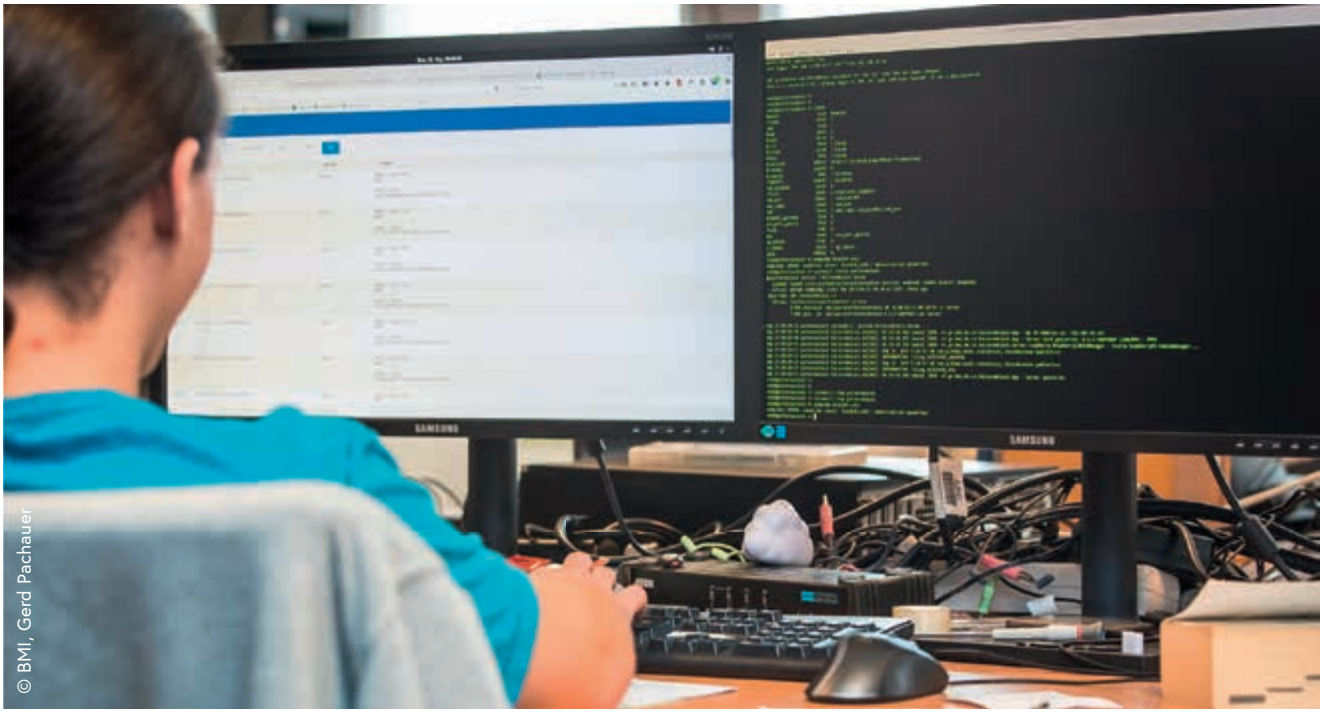
Cybersicherheit wesentlicher Dienste weiter zu erhöhen. Die gleichzeitig vorgestellte Richtlinie zur Resilienz kritischer Einrichtungen (RKE-RL) wird in komplementärer Weise die Sicherheit der physischen Infrastruktur dieser Unternehmen verstärken. Damit wachsen Cybersicherheit und Schutz kritischer Infrastrukturen zusammen.

Das aktuelle Regierungsprogramm verfolgt den Ansatz einer konsequenten Digitalisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bei gleichzeitiger Erhöhung der Cybersicherheit.

Schlüsselherausforderungen:

- Um die Chancen der Digitalisierung wirksam nützen zu können, müssen die damit einhergehenden, von staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren sowie technischen Fehlfunktionen, ausgehenden Risiken erkannt und bekämpft werden.
- Von disruptiven Technologien und der zunehmenden Digitalisierung von Staat und Wirtschaft gefördert wird die Cyberkriminalität weiterwachsen und in immer kürzeren Intervallen zu neuen Kriminalitätsphänomenen führen. Daher ist es notwendig, in einem entwicklungsoffenen Strategiekonzept die laufende Anpassung der Ermittlungsmethoden und Präventionsansätze sicherzustellen.
- Durch die laufende Anpassung der rechtlichen Grundlagen, auch durch Erhöhung des Strafrahmens, die wirksame nationale und internationale Verfolgung von Internet-Kriminalität zu ermöglichen.

Die Gewährleistung von Cybersicherheit sowie der Schutz kritischer Infrastrukturen ist eine Schlüsselherausforderung des BMI.



© BMI, Gerd Pachauer

- Um mit der rasanten technologischen Entwicklung Schritt halten zu können, müssen vermehrt die besten Köpfe als Analytiker, Methodiker und Forensiker eingesetzt sowie wirksame Ansätze gefunden werden.
- Die technologische Entwicklung auf den Gebieten IKT und Social Media ist dem Gesetzgeber immer einen Schritt voraus; auch im Bereich der digitalen Sicherheit müssen sich die rechtlichen Bestimmungen an den Ordnungs- und Sicherheitsinteressen Österreichs und seiner Bevölkerung orientieren.
- Durch die gemeinsame Umsetzung der NIS 2-Richtlinie und der RKE-Richtlinie Synergien entwickeln und damit umfassend die Resilienz kritischer Einrichtungen erhöhen.
- Gezielte Cyber-Angriffe staatlicher Akteure (oder von Akteuren im staatlichen Auftrag) gefährden staatliche Einrichtungen und kritische Infrastrukturen.
- Unreflektierte Einführung neuer Technologien erhöht die Komplexität und Vulnerabilität der Systeme und gefährdet damit unsere Gesellschaft.
- Die Abhängigkeit von Schlüsseltechnologien, die von Drittstaaten produziert werden, erhöht die Verletzlichkeit von Staat, Wirtschaft und kritischen Infrastrukturen.

Ziele:

- Durch das entschlossene Engagement des BMI im Bereich Cybersicherheit wird die gesamtstaatliche Resilienz Österreichs umfassend erhöht und unsere Rolle als Sicherheitsdienstleister der Republik gefestigt.
- Erhöhung der Cybersicherheit, der kritischen Einrichtungen und des BMI durch die schnelle und vollständige Umsetzung der NIS 2-Richtlinie.
- Durch Konsolidierung der gesamtstaatlichen Zuständigkeiten für Cybersicherheit und der BMI-internen IKT-Strukturen werden Synergien geschaffen, Ressourcen effektiv und effizient eingesetzt und die Resilienz Österreichs und des BMI erhöht.
- Konsequente Personal- und Organisationsentwicklung ermöglichen die schnelle und wirksame Reaktion auf neue Entwicklungen und die konsequente Digitalisierung der Kernprozesse des BMI.
- Vernetzung mit internationalen Partnern unterstützen innovative Entwicklungen in Österreich und tragen zur grenzüberschreitenden Bekämpfung von Internet-Kriminalität bei.

Handlungsfelder und Leuchtturmprojekte:

- Einrichtung einer Direktion für Sichere Informations- und Kommunikationstechnologie (DISIT)
- Ausbau der Ressourcen und des notwendigen Know-hows im IKT-Bereich auf allen Ebenen (Cyber-Cops)
- Einrichtung eines Programms zur Umsetzung des EU Cybersicherheitspakets 2020 (NIS 2-RL und RKE-RL)
- Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen zur Erhöhung der Cybersicherheit einschließlich der Internet-Kriminalität in einem gesamtstaatlichen Ansatz

- Stärkung der Fahndungs- und Ermittlungsunterstützung durch Social Media- und OSINT-Einheiten (Open Source Intelligence)
- Verstärkung der Zusammenarbeit mit anderen Ressorts beim Vorantreiben der digitalen Transformation

2.2.6 Krisen und Katastrophen entschlossen und effizient managen: Österreich resilienter machen

Lage:

Die COVID-19 Pandemie hat die Verletzbarkeit unserer Gesellschaft in einer globalisierten Welt offengelegt. In Österreich gibt es ein leistungsfähiges, historisch gewachsenes und in vielen lokalen und regionalen Krisen (etwa bei Hochwasser) bewährtes Krisenmanagement. Dieses hat sich in der COVID-19 Pandemie grundsätzlich bewährt. Dabei wurden aber auch die Grenzen des auf freiwilliger Koordination und teilweise improvisierter Infrastruktur beruhenden Systems sichtbar.

Wie bereits in der Migrationskrise 2015/2016 hat es sich gezeigt, dass die gesamtstaatlichen Strukturen, Regeln und Verfahren für die Krisenbewältigung optimiert und weiterentwickelt sowie wirksame Rechtsgrundlagen und eine moderne Infrastruktur geschaffen werden müssen, um die Handlungsfähigkeit der staatlichen Akteure unter Krisenbedingungen sicherzustellen. Damit wird ein wesentlicher Beitrag zur Steigerung der Resilienz Österreichs geleistet und innere Sicherheit effizient und effektiv gestaltet. Besondere Bedeutung für diese Resilienz kommt dabei den kritischen Infrastrukturen zu, deren Leistungen für die Einsatzfähigkeit der Behörden und Einsatzkräfte sowie für die Daseinsvorsorge der Österreicherinnen und Österreicher im Krisenfall unverzichtbar sind.

Das „Beinahe-Blackout“ im Europäischen Stromnetz Anfang 2021 zeigte die Notwendigkeit der Erhöhung der Resilienz des BMI, der SKKM-Akteure sowie der kritischen Infrastrukturen. Einen erfolgversprechenden Ansatz bietet dazu die im Dezember 2020 von der EU vorgestellte Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (RKE-RL).

Die Stärkung des staatlichen Krisenmanagements einschließlich des Zivilschutzes ist eine der Prioritäten des aktuellen Regierungsprogramms.

Schlüsselherausforderungen:

- Sicherstellung der Zusammenarbeit von Staat, Wirtschaft, Wissenschaft und Bevölkerung im Rahmen eines wirksamen staatlichen Krisenmanagements.
- Erhöhung der gesamtstaatlichen Resilienz auf den drei Handlungsfeldern der lokalen/regionalen Krise (z.B. Hochwasser), der vernetzten Krise (z.B. Blackout) und globaler, länger andauernder Krisen (z.B. Pandemie) sowie Stärkung des Zivilschutzes.

© Jörg Randl

© BMI, Egon Weissheimer

- Sicherstellung der Handlungsfähigkeit der Einrichtungen des staatlichen Krisenmanagements und der kritischen Infrastrukturen auch durch Erhöhung der Sicherheit der Netz- und Informationssysteme.
- Bewältigung von Krisen auf Basis einer umfassenden Risikobetrachtung und durch vernetztes Handeln. Dies setzt auch die Bereitschaft der Zivilgesellschaft voraus, Eigenverantwortung bei der Vorbereitung und Bewältigung von Krisen zu übernehmen.

In Österreich gibt es ein leistungsfähiges, historisch gewachsenes und in vielen lokalen und regionalen Krisen (etwa bei Hochwasser) bewährtes Krisenmanagement. Dieses hat sich in der COVID-19 Pandemie grundsätzlich bewährt.

Ziele:

- Die Resilienz Österreichs wird durch Stärkung des staatlichen Krisenmanagements mittels legistischer, strategischer und infrastruktureller Maßnahmen nachhaltig gesteigert. Dabei sind die Sicherheit und Versorgung der Bevölkerung oberste Ziele.
- Erhöhung der Resilienz des BMI durch Einrichtung eines Risiko- und Sicherheitsmanagements, um unsere Rolle als „Krisenmanager der Republik“ wirksam wahrnehmen zu können.
- Intensivierung der Risikokommunikation als kontinuierlicher Dialog mit Wirtschaft und Gesellschaft über Risiken sowie die Möglichkeiten und Grenzen des staatlichen Krisenmanagements und der Notwendigkeit der eigenen Krisenvorsorge.
- Vernetztes Handeln auf nationaler und internationaler Ebene als eines der Grundprinzipien des Krisenmanagements stärken.

Handlungsfelder und Leuchtturmprojekte:

- Einrichtung eines Bundeslagezentrums
- Schaffung eines Bundesgesetzes über die staatliche Resilienz und einer darauf aufbauenden neuen Strategie des Staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements (SKKM-Strategie.2030)
- Verstärkung der Blackout-Vorsorge des BMI, der SKKM-Akteure sowie der kritischen Infrastrukturen
- Weiterentwicklung des Österreichischen Programms zum Schutz kritischer Infrastrukturen auf der Grundlage der RKE-RL
- Stärkung des Zivilschutzes und der Eigenvorsorge bzw. des Selbstschutzgedankens in der Bevölkerung in Not- und Krisensituationen

2.2.7 Das BMI: personell und organisatorisch bestens aufgestellt

Lage:

Damit das BMI seine Rolle als Sicherheitsdienstleiter der Republik erfolgreich wahrnehmen kann, muss es personell und organisatorisch bestens aufgestellt sein.

Die besten Köpfe - gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital des BMI. Dazu bedarf es eines umfassenden und strategisch nachhaltigen Systems der Personalentwicklung und des Personalmanagements.

Damit unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre volle Leistungsfähigkeit entfalten können, brauchen sie eine klare Aufbau- und Ablauforganisation, Unterstützung in ihren Aufgabenstellungen, persönliche Weiterentwicklungsmöglichkeiten sowie psychische und körperliche Gesundheit, mentale Stärke und Wohlbefinden. Die Investition in die Führungskräfte und der fokussierte und rasche Ausbau neuer fachlicher Expertise auf allen Ebenen gehören zu den obersten Prioritäten. Dabei sollte im Rahmen von Wissensmanagement ein erfolgreicher Wissensaustausch, auch im Hinblick auf das Generationsmanagement, gewährleistet werden.

In der COVID-19 Pandemie zeigte sich die Stärke unserer Organisation, schnell und flexibel neue Herausforderungen zu bewältigen. Der breite Einsatz von Telearbeit, die schnelle Beschaffung der derzeit benötigten technischen Ausrüstung sowie die Nutzung von E-Learning und Blended-Learning-Methoden halfen, den Dienstbetrieb ohne wesentliche Einschränkungen aufrechtzuerhalten und gleichzeitig den Schutz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewährleisten.

Untrennbar damit verbunden sind Anpassungen in den Ablaufprozessen, die Einführung moderner Steuerungselemente und die Umsetzung möglicher Flexibilisierungen.

Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das wichtigste Kapital des BMI.

Dies wird von den Führungskräften und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der jüngeren Generationen gefordert. Damit ist auch die zentrale Rolle der Führungskräfte bei der Umsetzung aller dieser Entwicklungsmaßnahmen angesprochen. Klimawandel und die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der Vereinten Nationen durch Österreich machen eine verstärkte Beschäftigung des BMI mit dem Thema Nachhaltigkeit notwendig. Ansätze sind dabei Mobilität, Fotovoltaik-Anlagen auf Dienststellen, nachhaltig produzierte Uniformen, alternative Arbeitsmethoden, Telearbeit. Die neue Bundesregierung setzt sich für eine leistungsstarke, effiziente sowie nachhaltig und serviceorientiert handelnde öffentliche Verwaltung ein.

Um personell bestens aufgestellt zu sein, bedarf es eines umfassenden und strategisch nachhaltigen Systems der Personalentwicklung und des Personalmanagements.

Schlüsselherausforderungen:

- Zur Bewältigung des Generationenwechsels müssen in den nächsten Jahren die durch Pensionsabgänge freiwerdenden Arbeitsplätze unter Berücksichtigung des aufwendigen Ausbildungsprozesses auch flexibel nachbesetzt werden.
- Bei der Neuaufnahme und der Führungskräfteentwicklung muss sichergestellt werden, dass durch Förderung der Frauen und der Diversität das BMI ein Spiegel unserer Gesellschaft bleibt.
- Das Spezialwissen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zählt zu den wichtigsten Ressourcen der Organisation. Die Weitergabe dieser individuell vorhandenen und verknüpften Informationen, Erfahrungswerte und des Know-hows kann nur durch diese Personen, nicht durch Datenbanken oder Expertensysteme, erfolgen und muss daher zeitgerecht in der Organisation verankert werden.

Das Herz des BMI sind seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die zum vollen Einsatz für die Freiheit und Sicherheit in unserem Land bereit sind.

- Eine flexible, krisenfeste und effiziente Organisation erfordert den Einsatz der Personalressourcen nach objektiv-sachlichen und streng bedarfsorientierten Kriterien, bedarfsgerechte interne Kommunikations- und Informationsmechanismen sowie Spezialisierung.
- Transformation der Stablinienorganisation in eine verstärkt digitalisierte und prozessorientierte Organisation unter Bewältigung des dazu erforderlichen tiefgreifenden Kulturwandels.

Ziele:

- BMI zu einem der Top-Arbeitgeber in Österreich machen, um die besten Köpfe zu gewinnen, die zum vollen Einsatz für die Freiheit und Sicherheit in unserem Land bereit sind.
- Stärkung der Leistungsorientierung durch ein flexibles und bedarfsorientiertes Personalmanagement (unter Berücksichtigung der „Work-Life-Balance“) und gezielte Förderung einer leistungsunterstützenden und strategisch agierenden Führung.
- Stärkung der Resilienz der Organisation des BMI durch:
  - Konsequente Nutzung der Instrumente des strategischen Managements und Controllings.

  - Schaffung einer „lernenden Organisation des BMI“ durch Einrichtung eines wirksamen und nachhaltigen Wissensmanagements.
  - Bedarfsgeleitete Weiterentwicklung der Aufbauorganisation nach dem Motto „Struktur folgt Strategie“ und konsequente Umsetzung des Prinzips der Ergebnis- und Ressourcenverantwortung.
  - Laufende Optimierung der Ablauforganisation und des Schnittstellenmanagements unter der Nutzung von Qualitätsmanagement, um kosten- und ressourceneffiziente Leistungserbringungsprozesse sicherzustellen.
  - Ein risikobasierter Managementansatz.
- Bereitstellung der notwendigen Raumressourcen und Anpassung der technischen Infrastruktur (IKT, Fahrzeuge, Einsatzmittel, ...) an neue Aufgaben und die sich rasant weiterentwickelnde technologische Umwelt, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine moderne und leistungsunterstützende Arbeitsumgebung und Ausrüstung bereitzustellen.

Handlungsfelder und Leuchtturmprojekte:

- Konsequente Fortführung der Personaloffensive für den Exekutivdienst und Einführung optimierter Auswahlprozesse
- Fortführung der Personalentwicklungsmaßnahmen durch:
  - Schaffung der Führungs- und Fachkarriere
  - Etablierung eines nachhaltigen Führungskräfteprogramms in Verfolgung einer strategisch ausgerichteten Personalentwicklung
  - Sicherstellung anforderungsbezogener Ausbildungsinhalte
- Weitere Umsetzung der Immobilienstrategie des BMI insbesondere durch:
  - Verlegung der Flugeinsatzstelle Wien und des Wartungsbetriebs nach Wiener Neustadt
  - Aufbau des Sicherheitszentrums Meidling
  - Aufbau von Sicherheitszentren an weiteren Standorten
- Umsetzung einer gesamtheitlichen Personaleinsatzplanung für das Ressort (VBÄ)
- Steigerung der Resilienz des BMI durch:
  - Organisatorische Weiterentwicklung der Zentralleitung
  - Einrichtung eines umfassenden Wissensmanagements
  - Einrichtung eines umfassenden Risiko- und Sicherheitsmanagements des BMI sowie des Qualitätsmanagements
- Optimierung der Organisation und des Dienstbetriebs im Bereich der LPDs
- Optimierung von Beschaffungsvorgängen
- Verstärkter Einsatz moderner Arbeitsmethoden und -instrumente

3
Umsetzung

Zur Umsetzung der Strategie Sicher.Österreich wird ein Maßnahmenkatalog vorbereitet. Die Implementierung der Maßnahmen erfolgt in Programmen, Projekten oder in der Linienorganisation nach den Vorgaben des Generalsekretärs. Die strategische Steuerungsgruppe stellt die wirksame und effiziente Umsetzung dieser Vorhaben sicher.

In regelmäßigen Führungskräfteklausuren vereinbaren der Bundesminister und die Spitzenführungskräfte die mittelfristigen strategischen Schwerpunkte der Arbeiten sowie weitere Leuchtturmprojekte.

Die Ressortstrategie wird intern und extern kommuniziert.

© BMI, Gerd Pachauer

4 Anhänge

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: VBÄ-Entwicklung, 10
Abb. 2: Entwicklung Frauenanteil, 11
Abb. 3: Budget (Budgetvoranschlag) des BMI, 12
Abb. 4: Bevölkerung nach breiten Altersgruppen 1950 bis 2028, 20
Abb. 5: Bevölkerungspyramide, 21
Abb. 6: Prognose der Bevölkerung in den Kontinenten, 22
Abb. 7: Bevölkerung in Europa, 23
Abb. 8: Gesamtkriminalität in Österreich (angezeigte Fälle), 29
Abb. 9: Asylanträge, 35
Abb. 10: Asylanträge (antragstärkste Herkunftsländer), 35
Abb. 11: Anzahl Foreign Terrorist Fighters, 39
Abb. 12: Internet-Kriminalität von 2011 bis 2020, 43

Abkürzungsverzeichnis

BAK / Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung
BFA / Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl
BMI / Bundesministerium für Inneres
EKO Cobra/DSE / Einsatzkommando Cobra/Direktion für Spezialeinheiten
EU / Europäische Union
IKT / Informations- und Kommunikationstechnologie
LKA / Landeskriminalamt
LPD / Landespolizeidirektion
LVT / Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung
NISG / Netz- und Informationssystemsicherheitsgesetz
SDG / Sustainable Development Goals (Nachhaltige Entwicklungsziele der Vereinten Nationen)
SKKM / Staatliches Krisen- und Katastrophenschutzmanagement

Vision 2030

Sicher.Österreich
Gemeinsam für ein freies und sicheres Österreich

Mission

Wir schützen aktiv und helfen den Menschen, wenn es darauf ankommt.
Immer am Puls der Zeit sorgen wir für ein freies und sicheres Österreich.

Leitbild

Das BMI ist mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sicherheitsdienstleister unserer Republik und trägt im Rahmen seiner vielfältigen Aufgaben dazu bei, dass Staat und Gesellschaft zuverlässig funktionieren.

Wir schützen die Grund- und Freiheitsrechte und stellen sicher, dass alle Menschen in Österreich diese selbstbestimmt und eigenverantwortlich wahrnehmen können. Dabei verstehen wir uns für alle Österreicherinnen und Österreicher sowie die Menschen, die hier leben, als erster Ansprechpartner.

Unsere Kommunikation mit der Bevölkerung, mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und unseren Partnern ist von Wertschätzung und Ehrlichkeit geprägt. Wir stellen das Bedürfnis aller nach Sicherheit in den Mittelpunkt unseres täglichen Handelns und bieten darüber hinaus schnelle sowie umfassende Hilfestellung.

Der persönliche Kontakt ist und bleibt uns wichtig. Für bestmögliche Sicherheit und optimale Abläufe nutzen wir dabei auch die vielfältigen Chancen der Digitalisierung und treiben diese verantwortungsvoll voran.

Gemeinsam mit unseren nationalen und internationalen Partnern arbeiten wir an den passenden Antworten auf die Bedrohungen von heute und morgen. Wenn die Freiheit und Sicherheit gefährdet werden, schreiten wir im Rahmen unserer Rechtsordnung konsequent und verhältnismäßig ein.

So gestalten wir die Rahmenbedingungen für ein sicheres Miteinander in der Zukunft.